

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

## Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

Berechnet werden  
Inserate die dreispaltige Petitzeile oder  
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Sultpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Sultpoldstraße 9.

**Inhalt:** Das Elend des Kapitalismus. — Die Verhandlungen über den Zolltarif. — Der amerikanische Stahlarbeiterstreik im Jahre 1901. — Krankenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. — Die Anwendung der modernen Technik in der Feilenindustrie. — Eine Tarifgemeinschaft der Feilenhauer. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — D. M. V.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Gerichtszeitung. — Literatur.

### Zur Beachtung.

#### Zugung ist fernzuhalten:

- von Bügelschleifern nach **Wald**, Rheinland (Blümacher Weyer) Str.;
- von Drehern nach **Berlin**, nach **Offenbach a. Main** (Alt.-Gef. f. Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.;
- von Feilenhauern nach **Arbon** (Schweiz, Fuchs) und nach der **Schweiz** überhaupt; nach **Prosslau** (Wilkens);
- von Feingoldschlägern nach **Dresden**, **Leipzig**, **Nürnberg** und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Büttner, Hunger);
- von Formern und Eisengießerei-Arbeitern nach **Blankenburg**, **Rübeland** und **Jorge am Harz** (Harzer Werke); nach **Erfurt** (Schwabe & Co.); nach **Güstrow** (Str.); nach **Hirschberg** (Theuser) Str.; nach **München** (Heilbronner) Pl.; nach **Solingen** (Woh) Pl.; nach **Pierlen** (Winkel und Preuß); nach **Perth** in Anhalt (Wraun) Pl.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach **Kopenhagen** (S. Wentsch); nach **Rathenow** (Krimm, Nische & Günther, Wiefinger) Str.;
- von Kleinplatern nach **Burg** (D.); nach **Hamburg**, nach **Ohligs** (Ranke & Co.) Pl.; nach **Perth** (Eisfeld);
- von Kupferschmiedern nach **Ohligs** (Ranke & Co.) Pl.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Berlin**;
- von Metallschlägern nach **Liedhausen**;
- von Nadelarbeitern nach **Chemnitz** (Stricknadel-Fabr. War Müller) Pl. und Pl.;
- von Optischen Industriearbeitern nach **Rathenow** (Nische & Günther);
- von Schlossern nach **München** (Heilbronner) Pl.; nach **Offenbach a. M.** (Alt.-Gef. für Schriftgießerei und Maschinenbau) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wl.: Witzstände; R.: Lohn- oder Urtord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

### Das Elend des Kapitalismus.

Eine schwere, harte Zeit für das arbeitende Volk, für die vielen Millionen Männer, Frauen und Kinder, aus denen es besteht. Eine Zeit der Noth seit zwei Jahren, seit der Zeit des Eintrittes der allgemeinen Wirtschaftskrise, die Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit mit all ihrem Elend für die Arbeiterklasse mit sich brachte. Und was diese schlimmen Zustände noch verschärft, ist die von einer Klassenregierung ganz einseitig betriebene Politik zu Gunsten der bestehenden Klassen, wie sie sich in dem ungeheuerlichen Zolltarif, in der Grenzsperrung zur Verhinderung der Vieheinfuhr zum Zwecke der Fleischvertheuerung so entsetzlich offenbart. Gerade diese künstlich herbeigeführte Fleischvertheuerung, die der Arbeiterklasse den besonders für sie so notwendigen Fleischkonsum sehr erschwert, ja geradezu verunmöglichlicht, gibt einen Vorgeschmack von dem, was das Infrakttreten der im Tarifentwurfe aufgestellten extremen Zollansätze zur Folge haben müßte. Empfindlichste Vertheuerung jedes Bissen Brotes, jedes Stückchen Fleisches, aller anderen Nahrungsmittel und Bedarfsartikel würde eintreten, dabei aber die Arbeitsgelegenheit — da ein solcher Zolltarif den Abschluß neuer Handelsverträge erschwert, wenn nicht ganz verunmöglichlicht — noch weiter vermindert werden, weil ein sehr großer Theil des von der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte eroberten Absatzgebietes verloren gehen würde. Großindustrielle

und Großaktionäre mit einem langen Schwange sogenannter Mittelstandsleute, wie Handwerfern und Bauern, haben sich unter der Führung einer gleichgesinnten Regierung vereinigt um an der deutschen Grenze unübersteiglich hohe Zollschranken aufzurichten, dadurch die Zufuhr von Lebensmitteln und Waaren aller Art zu verhindern und sodann den inländischen Konsumenten die Preise zu diktieren. Die heute schon bestehenden 400 Kartelle nehmen eine Monopolstellung auf dem Inlandsmarkte ein, mittelst deren sie eine drückende Preisdiktatur ausüben, während sie der ausländischen Konkurrenz zu bedeutend niedrigeren Preisen ihre Produkte liefern. Die Zahl der Kartelle würde unter dem neuen Zolltarif eine enorme Vermehrung und allmählig alle Produktionszweige erfassende Ausdehnung erfahren, oder aber die Kartelle würden sich zu Trusts entwickeln, wie dies in Amerika unter der Herrschaft der hohen Schutzzölle geschehen ist. Hier ist das Wort von der Konzentration des Kapitals und aller Produktionsmittel in wenigen Händen, von der kleinen Zahl der Kapitalisten auf der einen und der großen Masse Besitzloser auf der anderen Seite bis zu einem gewissen Grade zur Thatsache geworden. Haben in Deutschland die agrarischen Zölle entsprechend der Absicht Bismarcks Millionäre gezüchtet, so in Amerika die höheren Zölle Milliardäre, dort die Kartelle, hier die Trusts geschaffen.

Wie auf die Arbeiter in Amerika die Zoll- und Trustswirtschaft gewirkt hat, ist vor nicht langer Zeit in einer amtlichen Publikation, nämlich in dem Jahresbericht des Arbeitsbureaus des Staates Massachusetts dargelegt worden. Es heißt da unter anderem:

„Es scheint in letzter Zeit eine Wandlung in den Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Lebensunterhalt eingetreten zu sein, so daß mehr und mehr die ganze Familie zu ihrer Erhaltung herangezogen werden muß. In der Majorität von Fällen erhalten die Arbeiter dieses Gemeinwehens (Massachusetts) ihre Familien nicht durch ihren individuellen Verdienst allein. Die Väter verlassen sich oder sind vielmehr gezwungen, sich für ein Viertel bis zu einem Drittel des Gesamteinkommens der Familie auf ihre Kinder zu verlassen, und die Kinder unter fünfzehn Jahren liefern von einem Achtel bis zu einem Sechstel des Total-Verdienstes der Familie.“

Also zunehmende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, steigende Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit sind die Wirkungen der hohen Schutzzölle und der von ihnen gezeitigten Kapitalkonzentration in den Trusts. Da haben wir bereits die Früchte der unheilvollen Hochschutzzollpolitik, zu deren Etablierung die wucherischen Mehrheitsparteien im deutschen Reichstage kein Mittel scheuen, selbst die Vergewaltigung der Opposition nicht.

Auf die weitere Entwicklung der gegenwärtigen Wirtschaftslage, namentlich in diesem Winter, kann das Gebahren der Zollwucherer nur von schlimmstem Einflusse sein, wie denn schon von kapitalistischer Seite selbst immer und immer wieder, namentlich in den Jahresberichten verschiedener Handelskammern und zahlreichen Aktiengesellschaften, die Verschärfung und Fortdauer der Krise der maßlosen Zollpolitik zugeschrieben wird. Es besteht die größte Gefahr, daß dieser Winter eine noch größere Arbeitslosigkeit, noch mehr Noth bringen wird, als die Krise bisher schon gebracht hat. Und dabei hat die Natur, wie im Jahre 1900, eine reiche Ernte bereitet an Früchten aller Art, so daß es nicht an ihr liegt, wenn der Tisch nicht für Alle in reichem Maße gedeckt ist. In Deutschland beträgt allein die diesjährige Getreideernte mit

51 Millionen Hektolitern um 16 Millionen mehr als 1901, und ähnlich liegen die Ernteverhältnisse in Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Rußland, in den Donauländern usw. In Amerika ist wohl die Weizenernte mit 620 Millionen Bushel um 128 Millionen gegen 1901 zurückgeblieben, aber dafür beträgt die Maisernte mit 2352 Millionen Bushel um 830 Millionen Bushel mehr, und ebenso haben Roggen, Gerste und Haber bedeutend größere Erträge geliefert. Und trotzdem müssen so viele Tausende Mangel an Brot wie an allem übrigen Nothwendigen leiden und ein elendes Leben führen.

Woher kommt Das? Von der bestehenden unvernünftigen Wirtschaftsordnung, von dem Elend des Kapitalismus, dessen Zweck nicht das Glück aller Menschen, sondern nur die Wohlfahrt der Besitzenden ist. Nicht um die Bedürfnisse Aller in genügendem Maße zu befriedigen, das Leben Aller zu sichern und angenehmer zu gestalten, wird in der Welt des Kapitalismus produziert, seien es Schuhe, Kleider oder Getreide, Obst, Wein, Kartoffel, sondern um den Besitzern der Produktionsmittel reiche Gewinne zu verschaffen. Diese falsche und vernunftwidrige Richtung der Produktion hat es mit sich gebracht, daß inmitten eines großen Reichthums an Naturschätzen und Gütern aller Art Millionen das Nothwendigste entbehren müssen und die Produktion wegen Mangel an Aufträgen stockt, während das arbeitende Volk in elenden Löhern wohnt, sich elend kleidet und nährt, also eine Unsumme unbefriedigter Bedürfnisse hat, zu deren Deckung alle Gewerbe und Industrien wie die Landwirthschaft und der Verkehr mit reichen Aufträgen versehen werden könnten.

Und da haben sich fanatische Anhänger und Vertheidiger des Kapitalismus, wie haßerfüllte Gegner des Sozialismus unter Aufwand von viel Scharfsinn und Verstand im Schweiße ihres Angesichts abgemüht, nachzuweisen, daß der Sozialismus mit der menschlichen Natur unvereinbar sei. Viel näher läge doch die Frage, ob der heute lebendige, bestehende und herrschende Kapitalismus mit der menschlichen Natur vereinbar sei. Nun, für die Millionen Proletarier, die unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so viel leiden müssen und ihres Lebens nicht froh werden können, ist diese Frage keine Frage mehr, sie sind sich längst klar über die Vernunftwidrigkeit und Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit der menschlichen Natur und streben daher dessen Beseitigung an. Natur- und vernunftgemäß ist nur diejenige Wirtschaftsordnung, die allen Menschen nach Maßgabe der vorhandenen Naturschätze und der Leistungsfähigkeit der Produktion aller Art die Existenz sichert und das Leben angenehm macht, welche verhindert, daß auf der einen Seite größter Reichthum und auf der andern Seite größte Noth besteht, welche also die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit unter den Menschen verhütet.

Wie, sollte es mit der menschlichen Natur unvereinbar sein, in einer Maschinenfabrik, einem Eisen- oder Stahlwerk, in einer Bijouteriefabrik, in einer Weberei oder Spinnerei, einem Landwirthschaftsbetrieb u. s. w. zu arbeiten, die nicht einem einzelnen Unternehmer oder einer Aktiengesellschaft oder einem Trust, sondern der Gesamtheit des Volkes gehören? Müßte es dann nicht schon heute naturwidrig sein, daß der Staat und die Gemeinden zahlreiche Betriebe aller Art besitzen und in denselben Arbeiter, Techniker, Ingenieure, Kaufleute u. s. w. thätig sind? Wir erinnern nur an die Eisen- und Straßenbahnen, Post, Telegraphen- und Telephon-Einrichtungen, Kanäle und Schiffahrtsbetriebe, Krankenhäuser, Gasanstalten, Getreidewerke, Brauereien, Kohlenbergwerke, milch-

tärische Betriebe, Forstbetriebe, Bildungsanstalten u. s. w., die nach vielen Tausenden zählen und in denen Hunderttausende aller möglichen Berufe beschäftigt sind. Diese der Gesamtheit der Staatsbürger, bezw. der Gemeindeglieder, gehörigen Einrichtungen und Betriebe sind so wenig naturwidrig, daß sonst ihrer Gefinnung nach durchaus kapitalistische Politiker, wie Minister, Bürgermeister usw., dieselben leiten und daß ferner Angehörige aller Massen darnach trachten, in solchen öffentlichen Betrieben Stellung zu finden. Freilich werden diese Betriebe nach den üblichen kapitalistischen Grundrissen geleitet, die Arbeiter erhalten ungenügende Arbeitslöhne bei zu langer Arbeitszeit, sie werden häufig genug wie in Staatsbetrieben schlecht behandelt, die höheren Beamten erhalten verschwenkerisch hohe Gehälter, und man schlägt hohe Gewinne heraus — allein alle diese Umstände sind nicht naturnotwendig, sie müssen nicht unvermeidlich sein, sie sind nicht unabänderlich mit dem Gemeinbetriebe verbunden. Die öffentlichen Betriebe können durchaus nach sozialistischen Grundrissen ohne Ausbeutung und Ueberprüßwirtschaft betrieben werden. Worauf es bei den öffentlichen Betrieben aller Art ankommt, ist der Sieg des Prinzips des Gemeineigentums über das Prinzip des Privateigentums, insofern das selbe heute nicht mehr ausschließlich herrscht. Es gilt also nur, dem Anfang die Fortsetzung folgen zu lassen, das Prinzip des Gemein-Eigentums und des öffentlichen Betriebes in immer größerem Maße zur praktischen Anwendung zu bringen und den herrschenden kapitalistischen Geist durch den sozialistischen Geist zu ersetzen, das Wohl Aller zu fördern, nicht nur das der Besitzenden und herrschenden Klassen, wie es heute geschieht.

Nur so kann das Elend des Kapitalismus überwunden werden und darum fort mit ihm, der mit der menschlichen Natur unvereinbar ist, der die Menschen in Herren und Knechte eingeteilt und so an die Stelle der der Vernunft, der Natur entsprechenden Gleichheit die Ungleichheit gesetzt hat. Fort mit dem Kapitalismus und her der Sozialismus; fort mit der Ungleichheit und aufgepflanzt die Fahne der Gleichheit und Gerechtigkeit!

### Die Verhandlungen über den Zolltarif.

Länger als vier Wochen verhandelt der Reichstag jetzt schon über den Zolltarif und das Tarifgesetz, ohne daß während dieser Zeit die Lage geklärt worden wäre. Den durch die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages in zweiter Lesung sanktionierten Beschlüssen der diätengesetzten Sommerkommission steht das „Unannehmbar in jedem Stadium der Verhandlungen“ der Regierung entgegen. Würden die zollpolitischen Kämpfe nur vor aller Öffentlichkeit im Parlamente ausgefochten, gälte noch immer der alte Spruch: Ein Mann ein Wort — dann wäre jedes Bemühen um den monströsen Tarif einfach sinnlos. Aber wir sind ja Zeugen des unglaublich lächerlichen Schauspiels, daß die zollpolitische Mehrheit des Reichstages vor einer brutalen Vergewaltigung der Minderheit durch Bruch der Geschäftsordnung nicht zurückschreckte, um ein Gesetz durchzudrücken, an dem sie nach den Erklärungen der Regierungen eigentlich kein Interesse mehr haben konnte. Würde man's nicht auch so, dann lehrte dieser Vorgang, daß die Verhandlungen im undurchdringlichen und unkontrollierbaren Dunkel hinter den Kulissen die Hauptsache sind.

Was über den *Ruhhandel* in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, beansprucht also in höherem Grade noch als die Verhandlungen des Reichstages das Interesse Derjenigen, die mit ihrer ganzen Lebenshaltung von der Gestaltung unserer zollpolitischen Verhältnisse abhängen. Da ist nun zunächst das Gerücht zu erwähnen, die Mehrheitsparteien hätten unter der Führung des Zentrum mit dem Reichskanzler folgendes Kompromiß abgeschlossen: die Regierungen hätten die Erhöhung des Zolls von 50 Pfennig über den im Tarifentwurf vorgesehenen Mindestzoll von 3 Mk. zu, dafür sollen die Agrarier die Mindestzölle auf Vieh und Fleisch fallen lassen und die übrigen Getreidezölle nach dem Entwurf gelassen. Angenommen einmal, diese Vereinbarungen seien getroffen worden, so ist dazu zu bemerken, daß sie natürlich erst durchgeführt werden können, wenn die zweite Lesung des Tarifs beendet ist: in der zweiten Lesung sind jene Positionen bereits beschlossen und durch Beschlüsse endgültig er-

ledigt worden, es gibt keinen geschäftsordnungs-mäßigen Weg, sie jetzt noch einmal vorzunehmen. Deshalb soll auch der Reichskanzler an jene Abmachungen die formale Bedingung geknüpft haben, die Mehrheitsparteien sollten bis zum 10. Dezember die zweite Lesung des Tarifs durchgeführt haben. Nach Weihnachten muß nämlich unter allen Umständen der Reichsetat zunächst behandelt und verabschiedet werden, wenn wir nicht in ganz gesetzo und verfassungswidrig höchst bedenkliche Zustände hineingerathen sollen. Die Beratungen des Etats nehmen aber erfahrungsgemäß ungefähr die ganze Zeit zwischen Neujahr und Ostern in Anspruch; gelänge also die Durchsicht des Tarifs in zweiter Lesung noch in der Zeit vor den Weihnachtsferien, dann könnte die dritte Lesung — und, was das Wichtigste ist, der *Ruhhandel* — nach Ostern mit einiger Aussicht auf Erfolg bis zum natürlichen Ende des jetzt tagenden Reichstages (am 15. Juni 1903) abgeschlossen werden. Aber vom 20. Novbr. bis zum 10. Dezember, oder sagen wir selbst 19. Dezember, bleiben nur 16 oder 25 Verhandlungstage; in dieser Zeit das Riesenwerk des Zollwuchers zu vollenden, ist eine bare Unmöglichkeit. Mag die Mehrheit auch die unsinnigsten Abkürzungen bei den Beratungen erzwingen wollen — die Abstimmungen über die einzelnen Positionen lassen sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen. Und sie allein würden mehr Zeit beanspruchen, als zur Verfügung steht.

Das ist natürlich auch den Zollwuchern nicht unbekannt. Und deshalb sollen sie auf einem anderen Wege bemüht sein, an ihr Ziel zu gelangen. Sie wollen nur noch das Tarifgesetz zu Ende beraten, dann die dritte Lesung dieses Gesetzes sofort daran schließen und endlich die Regierung durch eine Resolution auffordern, nunmehr nach diesen Direktiven mit den fremden Staaten in Verhandlungen über eine Revision der laufenden Handelsverträge einzutreten. Aber auch bei diesem Plane, der so verflucht gescheitert erscheinen könnte, wird eine stillschweigende Voraussetzung gemacht: der Unfall, der Wortbruch der agrarischen Parteien; lassen sie nicht von ihren wahrweisig hohen Agrarzöllen, entfernen sie nicht die Bindung der Vieh- und Fleischzölle aus dem Gesetz, dann ist für die Regierung jeder Versuch, mit Rußland und Oesterreich einig zu werden, aussichtslos. Welche Folgen aber ein solcher Wortbruch für die Arbeiterparteien haben würde, können sie jedenfalls am Besten selbst beurteilen; seit jetzt schon heute, daß der Versuch zu erheblichen Stürmen in den Fraktionen der Mehrheit führen würde. „Der Zolltarif wirkt wie Sprengpulver.“

Also auf diesem Wege ist, wie eine kühle Beurteilung erkennen läßt, nur sehr schwer etwas zu machen. Daher erscheint eine am 18. November in einem Münchener Blatt auftauchende und angeblich von einem Vertrauensmann des Reichskanzlers inspirierte Nachricht nicht unbeachtlich zu sein, daß nämlich die Kompromißverhandlungen vollständig gescheitert seien. Demnach hätte ein vielbesprochenes Verzögerungsmittel, das der Reichstagspräsident am 17. November gegeben hat, den erhofften Erfolg für die Zöllner nicht gehabt. Aber wenn auch eine innere Wahrscheinlichkeit jener Nachricht nicht abzupredigen ist, so beweist ihre Form doch, daß ihr auch nicht ganz zu trauen ist. Es heißt darin nämlich: „Graf Potjomsky hat am Sonntag und der Reichskanzler am Montag selbst durch Vertrauensmänner einen letzten Appell an die Konservativen und die Agrarier gerichtet und ihnen in der rückhaltlosen Weise erklärt lassen, die Regierung könne nicht über den Entwurf hinaus der Mehrheit entgegenkommen. Sie müsse vielmehr an den Patriotismus derselben appellieren, die Vorlage einfach so anzunehmen, wie dieselbe sei, und nicht bis zur dritten Lesung zu warten, sondern schon bei der zweiten Lesung und möglichst reich der Regierungsvorlage zur Annahme zu verhelfen.“ Wir wiederholen daraufhin, was wir oben schon auseinandergesetzt, daß bei der zweiten Lesung an eine Revision der Beschlüsse über die entscheidenden Positionen unter keinen Umständen zu denken ist.

Sehen die Verhandlungen in der bisherigen Weise unbekümmert um alle Unmöglichkeiten weiter, dann ist an eine Verabschiedung des Tarifgesetzes und Tarifs nicht mehr zu denken; die Regierungen müssen dann auf eine Fortführung der jetzigen Handelsvertragspolitik Bedacht nehmen, werden aber dabei veranlaßt eine Erhöhung der Agrar-

zölle auf alle Fälle zu erlangen suchen. Auch dagegen würde sich dann natürlich im entscheidenden Augenblicke die Opposition der volksfreundlichen Parteien zu richten haben. Denn der Weg dieser Opposition ist klar vorgezeichnet, und auch das zweideutige Verhalten des großen Freisinnlichen Eugen Richter vermag keinerlei Verwirrung zu stiften.

### Der amerikanische Stahlarbeiterstreik im Jahre 1901.

#### II.

Die Arbeiter, die dem Streikgebot nur widerwillig gefolgt waren, kehrten nach und nach zur Arbeit zurück, sie wollten sich an dem hoffnungslos gewordenen Kampfe nicht länger beteiligen. Das war gewiß eine traurige Handlung von organisierten Arbeitern. Als sich dann noch herausstellte, daß die Klassen der Amalgamated Association nahezu erschöpft waren, da gabs kein Halten mehr. Man verlangte von Shaffer gebieterisch die Beilegung des Streiks, was auch am 14. September in New-York, unter schweren Opfern geschah. Die Kollektivverträge, die bereits in früheren Jahren mit der Steel Hoop Co. abgeschlossen waren, sollten bestehen bleiben; gleiches sollte gelten für die Stala der Sheet Steel Co., ausgenommen die schon früher streikig gewesenen Werke Old Meadovo und Saltzburg und die neu hinzugekommenen von Hyde Park und Canal Dover. Im Bereiche der Fin Plate Co. wurden fast sämtliche Betriebe verloren. Die Steel Corporation stipulierte ausdrücklich, „ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zu Arbeiterorganisationen jeden Angestellten zu entlassen, der durch seine Dazwischenkunft, durch Kränkung oder Zwang einen Anderen davon abhalten sollte, friedlich seinem Berufe nachzugehen.“

Das war ein fast vollständiger Verzicht auf das Prinzip, für das gekämpft worden war. Der ganze Groll der Arbeiter richtete sich gegen ihren Führer Shaffer, ihm allein verjuchte man die Schuld für den Zusammenbruch aufzubürden. Shaffer bezeichnete in einer Erklärung vom 21. September 1901 den „Mangel an Geld, den Verlust der öffentlichen Zustimmung, den Abfall von Hunderten und die Vernachlässigung durch andere Organisationen“ als die Ursachen der Niederlage. Sicher ist mit diesen Angaben nur theilweise das Richtige getroffen, denn nach der Schilderung von Waentig müßte angenommen werden, daß der schwerste Fehler gemacht wurde, indem man zum geeigneten Zeitpunkt eine Beilegung des Streiks verjunkte und nicht auf die von Pierpont Morgan gemachten Vorschläge einging, die weit günstiger waren, wie die später bei Streikbeendigung festgehaltenen Zugeständnisse. Aus der Ferne läßt sich das nicht so genau beurteilen; aber immerhin mag Waentig recht haben, denn auch auf Seiten der Arbeiter werden die Kräfte häufig überschätzt und die Ueberhöhung muß notwendigerweise eine Niederlage zur Folge haben.

Wenn Waentig dagegen bei seinem Versuch, aus dem verlorenen Streik Lehren zu ziehen, der Meinung Ausdruck gibt, daß die Arbeiter gut gethan hätten, auf Pierpont Morgan zu hören, weil er wiederholt betonte, Arbeiterverbänden nicht feindlich gesinnt zu sein, dann vergißt er, daß solche Redensarten von Kapitalisten aller Länder zu hören sind, auf die erfreulicherweise die Arbeiter nicht viel geben. Diese Redensarten werden von den Unternehmern in der Regel dann geführt, wenn sie sich über den Ausgang eines wirtschaftlichen Kampfes im Unklaren befinden, oder einzusehen beginnen, daß sie unterliegen werden.

Die öffentliche Meinung schätzt Waentig bei der Beurteilung des Kampfes besonders hoch ein, da in allen wichtigen Fragen sich das Verdikt der öffentlichen Meinung „über kurz oder lang in ein politisches Strafgericht über die Schuldigen umsetzen muß.“ Sicher sind Sympathien, die Streikende in der übrigen Bevölkerung haben, nicht zu unterschätzen, und doch spielen sie eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle, wenigstens bei uns in Deutschland, wo schon häufig Streiks gewonnen wurden, auch größere Streiks, um die sich die öffentliche Meinung entweder überhaupt nicht kümmerte oder auch gegen die Streikenden stand. Mehr in Betracht scheint uns die öffentliche Meinung nur da zu kommen, wo die Bevölkerung ihre Sympathien direkt äußern kann, wie z. B. bei Streiks in der Nahrungsmittelbranche. Wo die Masse der Bevölkerung nicht direkt Konsument ist, wie hier beim Stahlarbeiterstreik, können wir die öffentliche Meinung nicht so hoch schätzen, wie Waentig es thut. Den Kampf der Arbeiter

gegen das Kapital, das Warum, stellt Waentig sich falsch vor, wenn er auf Arbeiterkreise die Ansichten des Durchschnittsbürgers überträgt, der sich nicht gegen die „anerkannte Vorherrschaft“ des Kapitals, sondern nur der „unvernünftigen Ueberspannung“ widersetzt. Nun, auch der aufgeklärte amerikanische Arbeiter weiß, ebenso wie der deutsche, daß die mehr und mehr in Erscheinung tretende Konzentration des Kapitals eine notwendige Erscheinung des kapitalistischen Zeitalters ist. Die Arbeiter wenden sich daher auch gar nicht gegen die Konzentration des Kapitals, sie wollen sich nur den durchaus berechtigten Antheil am Gewinne sichern.

Wir wollen hier auf alle Ausführungen, die Waentig für seine Ansichten macht, nicht eingehen, doch eine Stelle aus der Arbeit Waentigs, die davon zeugt, daß die amerikanischen Stahlmagnaten trotz ihres Sieges Respekt vor der Arbeiterorganisation haben — der Sieg hat sie anscheinend auch große Opfer gekostet — sei hier gestreift. Kurz vor Weihnachten 1901 fanden in New-York Konferenzen zur Berathung von Maßnahmen zur Vermeidung und Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten statt, an denen Männer aus allen Theilen der Vereinigten Staaten Theil nahmen. „Hier trafen sich auch Schwab und Schaffer wieder“, schreibt Waentig, „und die persönlichen und taktvollen Worte des Siegers zeugten hier die feine Diplomatie des amerikanischen Arbeitgebers“. Schwab sagte ungefähr: „Ich bin hier, bereit mich überzeugen zu lassen, begierig die Rehrseite der Medaille zu sehen, und entschlossen, zu thun, was recht ist. Möglich, daß mein Motiv ein selbstsüchtiges ist. Aber ich erkenne, daß von der friedlichen Schlichtung jener Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit das künftige Glück der Vereinigten Staaten abhängt.“ Erinnern wir außerdem noch daran, daß der Stahl-Truist den Arbeitern zur Vermeidung von künftigen Streitigkeiten einen dreijährigen Lohnvertrag angeboten hat, so ist alles in allem daraus zu entnehmen, daß der Stahltrüist einen zweiten Generalstreik der amerikanischen Stahlarbeiter nicht wieder wünscht. Auf die Worte Schwabs ist nicht viel Werth zu legen; wir haben stets bestätigt gefunden, daß in den meisten Fällen die sozialpolitische Erkenntniß bei den Unternehmern keine freiwillige ist.

### Krankenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Daß die Einführung der Kranken-Unterstützung im Metallarbeiter-Verband möglich ist, wird wohl kein Kollege bestreiten. Bei der Diskussion dieser Frage kann es sich nur darum handeln, ob die Einführung dieser Unterstützung im Interesse des Verbandes wünschenswerth ist, und wenn dies bejaht wird, auf welcher Grundlage es geschehen kann. Nimmt man als Grundlage das Schema des Kollegen Vollenhals (Nr. 46 unserer Zeitung) an, so würde meines Erachtens der Verband ein Fiasko erleiden. Die Zahlen, die Kollege V. von der Münchener Ortskrankenkasse der Metallarbeiter anführt, mögen wohl im Allgemeinen denen der Ortskrankenkassen Deutschlands entsprechen. Wenigstens in Frankfurt a. M. ist es der Fall. Als Durchschnitt kann man wohl bei den Ortsklassen annehmen: auf 100 Mitglieder 50 Prozent Krankheitsfälle mit 21 Tagen Krankheitsdauer, oder nach anderer Lesart: auf jedes Mitglied der Klasse entfallen im Jahr 10 1/2 Krankheitsstage.

Für uns ist aber zu berücksichtigen, daß bei der Ortskasse alle Beschäftigten, soweit keine andere Zwangskasse vorhanden ist, beitreten müssen, bei uns leider nicht. Da wir nun keine ärztliche Untersuchung, keine Festlegung der Altersgrenze, kein Nachforschen nach früheren Krankheiten und kein Zurückweisen bereits chronisch Erkrankter vornehmen können, so wird prozentual die Zunahme der Kollegen, die aus den angeführten Gründen in keiner freien Hilfskasse Aufnahme finden, größer sein, als die Zahl der gesunden Kollegen. Ist das Risiko der Ortsklassen gegenüber den freien Hilfskassen ein größeres, so ist das des Verbandes gegenüber den Ortsklassen noch größer, bei der Ortskasse besteht wenigstens die Beitrittspflicht auch der Gesunden, bei uns aber müßte die Aufnahmepflicht auch der Kranken statuiert sein. Dadurch erhöht sich sowohl die Zahl der Krankheitsfälle als auch der Krankheitsdauer gegenüber dem Durchschnitt der Ortsklassen. Es ist daher wohl keineswegs zu hoch gegriffen, wenn man 60 Prozent Krankheitsfälle mit 25 Tagen Krankheitsdauer zu Grunde legt.

Alsdann begeht Kollege V. den Fehler, daß er den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Mitgliedschaftsjahren anwendet, um die Krankheitsfälle in den Mitgliedschaftsjahren festzustellen. Da er des weiteren steigende Unterstützungsätze wie bei der Arbeitslosenunterstützung in Ansatz bringt, so entfällt die Mehrzahl der Krankheitsfälle auf die niedrigen Unterstützungsätze. Wir hoffen doch aber, daß durch die Einführung neuer Unterstützungsätze die Fluktuation im Verband eingedämmt wird; dadurch würden wir aber bald mehr fünf- und mehrgährige wie einjährige Mitglieder haben. Ältere Kollegen sind aber schon durch ihr Alter öfteren und länger dauernden Krankheiten ausgesetzt. Da dadurch die höheren Unterstützungsätze in Anrechnung kommen, so würde sich aber auch das Bild gegen die Aufstellung des Kollegen V. wesentlich verändern. Um eine sichere Basis zu haben, müßte man die steigenden Unterstützungsätze nach den Mitgliedschaftsjahren überhaupt fallen lassen. Wir müßten aber wohl einen einheitlichen

Satz zur Anrechnung bringen, und da wäre wohl 6 Mark pro Woche, das ist 1 Mk. pro Tag, nicht zu hoch gegriffen. Nun will Kollege V. aber auch mit 5 Prozent Verwaltungskosten auskommen. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Jetzt verbleiben bereits den Verwaltungsstellen 20 Prozent der Einnahme, das ist auf 30 Pfg. 6 Pfg. pro Marke; wird der Beitrag auf 50 Pfg. erhöht, so wird wohl kaum eine Verwaltungsstelle sich mit 7 Pfg., das sind 14 Prozent, zufrieden geben. Und das mit Recht. Gibt doch unsere Verwaltungsstelle allein 10 Prozent für Unterkassierer und Zeitungsfolportiere aus. Die Verwaltungen müßten bei 50 Pfg. Beitrag 8 Pfg., das sind 16 Prozent, beanspruchen. Von den 20 Pfg. des erhöhten Beitrags verbleiben schon 2 Pfg., gleich 10 Prozent, in den örtlichen Verwaltungsstellen. Hierzu kommen die sachlichen und persönlichen Verwaltungskosten bei der Hauptkasse, die im Minimum wohl auch mit 10 Prozent zu berechnen sind. Das macht nach meinem Erachten 20 Prozent Verwaltungskosten.

Bilanzirt also die Berechnung des Kollegen Vollenhals mit 20 Pfg. Beitragserhöhung zwischen 109,000 Mk. Ueberfluß und 150,000 Mk. Defizit, so würde sich nach meiner Berechnung bei 20 Pfg. Beitragserhöhung die Sache folgendermaßen stellen: 100,000 Mitglieder pro Woche 20 Pfg. = 20,000 Mk., das Jahr zu 45 Beitragswochen gerechnet, = 900,000 Mk., abzüglich 20 Prozent Verwaltungskosten = 180,000 Mk., verbleiben als Einnahme 720,000 Mk.

Als Ausgaben würden gegenüberstehen: 60,000 Mitglieder à 1 Mk. Krankengeld per Tag = 60,000 Mk., durchschnittliche Krankheitsdauer 25 Tage = 1,500,000 Mk.

Wir sehen, daß eine Beitragserhöhung um 20 Pfennig noch nicht die Hälfte der Ausgaben deckt, selbst bei der minimalen Leistung von 6 Mk. per Woche. Dies ungünstige Resultat wird erzielt, weil aus oben erwähnten Gründen unser Risiko ein größeres ist wie das der Ortskrankenkassen. Wir müßten also niedere Leistungen oder eine größere Beitragserhöhung einführen. Ob wir damit aber das Erreichen, was wir wollen, Ausbau unseres Verbandes durch Erhaltung der jetzigen und Gewinnung neuer Mitglieder, möchte ich bezweifeln. Für heute will ich mit meinen Feilen nur davor warnen, sich die Berechnung dieses wichtigen, aber schwierigen Unterstützungsweises so leicht zu machen wie Kollege Vollenhals, der, als er bei den Höchstjägen der Münchener Krankenkasse für uns ein Defizit herausrechnet, nun schnell, um einen Ueberfluß zu haben, die niederen Durchschnittsätze zur Anwendung bringt. Ich meine, wir haben alle Ursache, nicht nur die Höchstätze anzuwenden, sondern, bei gewissenhafter Berücksichtigung aller Verhältnisse, darüber hinauszugehen.

Frankfurt a. M.

Carl Plewe.

### Die Anwendung der modernen Technik in der Feilenindustrie.

Wie ungemein rasch und mit welcher außerordentlichen Vortheilen sich die Feilenindustrie die Technik dienstbar macht, ist allgemein, ja sogar unter den Berufskollegen sehr wenig bekannt. Gibt es auch keine Lehranstalt, in der durch sachgemäße Kurse, wie dies bei einer Reihe von Branchen der Fall ist, der rationelle Betrieb der Feilenindustrie theoretisch und praktisch gelehrt wird, so hat dessen ungeachtet die Feilenindustrie mit Hilfe der Technik sich zu modernen Formen entwickelt.

Die Zeiten des lohnenden handwerksmäßigen Betriebes mit seinen primitiven Einrichtungen sind vorüber; die noch vorhandenen handwerksmäßigen Betriebe sind demnach bedroht, daß es nur eine Frage nicht allzulanger Zeit sein kann, wo dieser Verfall in Gestalt des Kleinhandwerks hat aufgehört zu existieren.

Das untrügliche Kennzeichen unserer modernen Produktionsform, die Arbeitsteilung, macht sich auch in der Feilenindustrie geltend. So können wir heute schon beobachten, daß alle die verschiedenen Verrichtungen, wie Schmieden, Hauen, Härten, Schneiden usw. eine Spezialisierung nach Arbeiterkategorien mit sich gebracht hat, während in früherer Zeit ein Feilenhauer in Rücksicht auf sein späteres selbstständiges Fortkommen kaum eine dieser Fertigkeiten entbehren konnte. Heute hat sich dies gewaltig geändert. Der Feilenhauer lernt nur noch einen Theil von seinem eigentlichen Berufe, ungelernete Arbeiter treten als Konkurrenten auf. Selbst in dem Fall, wo eine längere Zeit zur Aneignung von Fertigkeit in Anspruch genommen wird, z. B. beim Hauen, schafft in drohender Gestalt „der eiserne Feilenhauer“ — die Maschine — Ersatz.

In allen möglichen Dimensionen und Konstruktionen findet die Maschine Anwendung. Mit ihr wird dem Feilenhauer die kraftaufreibende Arbeit bei großen Feilen erspart; die Maschine verrichtet diese Arbeit spielend, bewunderungswürdig, wie sie andererseits bei recht feinen Arbeiten an Exaktheit und Genauigkeit die Handarbeit bei Weitem überholt. Maschinen, die mit großer Schnelligkeit Rundfeilen herstellen, liefern das 4—5fache eines tüchtigen Arbeiters. Maschinelle Einrichtungen finden wir aber auch sonst bei allen möglichen Arbeiten. Amerika, das uns mit seiner vollendeten Maschinentechnik zweifellos einige Pferdeklängen voraus ist, liefert Maschinen für alle möglichen Zwecke: Schleifmaschinen, Schmiedemaschinen zum Feilenschmieden, zum Feilenziehen, Fräsen und dergleichen.

Fast ganz ausgeschlossen wäre die Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft in der Feilenindustrie ohne Zuhilfenahme der Technik. Vermittelt der Letzteren finden Frauen und Mädchen Beschäftigung bei den komplizirtesten Arbeiten und machen sich da und dort in der empfindlichsten Weise für die männliche Arbeitskraft fühlbar. Das Schleifen und Abziehen der Meißel für Haummaschinen, eine Arbeit, die in Bezug auf Genauigkeit und Gleichmäßigkeit hohe Anforderungen an den gelehrten Arbeiter stellt, besorgt ein Mädchen mit Hilfe der Meißelabziehmaschine in der einfachsten Weise. Die Winkelstellung der Meißel kann beliebig verändert werden, und sie wird bei allen Meißeln gleichmäßig. Dazu ist es möglich, daß

eine einzige Person 35—40 Haummaschinen mit Meißeln fortwährend zu versehen im Stande ist. Die Haummaschinen für kleine und Präzisionsfeilen werden durch weibliche Arbeitskräfte bedient. Die Fertigstellung einer Arbeit von 2—3 tüchtigen Feilenbauern wird durch eine Maschine und eine Person bewirkt. Die Bearbeitung der Feilen nach dem Schleifen resp. Feilen geschieht durch die Feilenziehmaschine, das Wirtreiben der Ranten bei Sägefeilen und dreikantigen Feilen durch die Rantenfräsmaschine, die automatisch arbeitet und von Mädchen bedient werden kann.

Die Herstellung von Hohlfeilen, das Fräsen aller möglichen Feilenformen wird mit Fräsmaschinen ausgeführt. Die Fertigung der Rantelfeile, eine Sorte, die in chirurgischen Instrumenten und Gewehrfabriken viel gebraucht wird, ist ohne Fräsmaschine überhaupt nicht möglich. Die Vervollkommnung des Feilenschneidens, ein Verwicklungsverfahren, vermittelst dessen die Uebertragung eines Hiebess auf blanke Feilen vorgenommen wird, war erst möglich, nachdem die Technik die „Hohlmeißel-Abziehmaschine“ geliefert hatte.

Die Brauchbarkeit der notwendigen Schneidfeilen ist von äußerster Genauigkeit des Meißels und Hiebess abhängig. Mit der Maschine werden beide Eigenschaften vollkommen und sicher erzielt, das frühere kostspielige und unsichere Verfahren dadurch vollständig verdrängt.

Meißige Pressen sind im Gang, um dünne Haumfeilen aus Stahlblech massenhaft zu spannen, andere, um die notwendigen Zahlen, Namen, Fabrikzeichen usw. einzupressen. Was noch vor wenigen Jahren als Unmöglichkeit gegolten, das Hauen von Hufe- und anderen Rapseln aller Art, wird durch die Maschine besorgt.

Noch eine ganze Reihe Beispiele ließen sich anführen, um zu zeigen, wie tapferkühnliche Unternehmer in der Feilenindustrie den Fortschritt der Technik bemerken, um ihre Betriebe modern einzurichten und sich große Vortheile zu sichern. Gleichzeitig aber läßt sich beobachten, wie viele kleine Existenzen dadurch unmöglich gemacht und vernichtet werden, wie die Aussicht des Arbeiters auf eine spätere Selbstständigkeit immer mehr schwindet. Die Erfindungen der Technik kommen auch in der Feilenindustrie einzelnen Unternehmern als Privilegium zu Gute, zum Schaden der Arbeiter, solange die Arbeitsmittel nicht in den Besitz der Allgemeinheit gelangt sind. C. S.

### Eine Tarifgemeinschaft der Feilenbauer.

Dresden. Der einzige Weg, um der Schmutzlöhntarung, der unablässigen Preisdrückerei möglichst ein Ziel zu setzen, ist die Verwirklichung des Vorschlages von Kollege Schüller. Betrachten wir die Verhältnisse in den Betrieben etwas näher. In mittleren Betrieben, wo vorherrschend auch Maschinen angewendet werden, sind fast durchweg ungelernete Arbeiter beschäftigt, im höchsten Falle 3—4 Mann zur Handhauerei, um den Schein zu wahren, daß auch Handarbeit geliefert wird. Diese Betriebe sind infolge der niedrigen Löhne, die sie an ihre ungelerneten Arbeiter bezahlen und durch Ausbeutung von Lehrlingsarbeit die schmutzigsten Konkurrenten und Preisdrücker. Sie setzen ihren Kunden Preise, die aller Verrechnung spotten. Nun geht der Konkurrenzkampf los. Kleine Betriebe, die sich keine Maschine halten können, müssen, um ihre Kundenschaft zu erhalten, diesen Preisen standhalten. Vor Allem wird nun die Last auf den Arbeiter abgewälzt. Dieser muß für einen Schundlohn arbeiten, thut er es nicht, so ist der kleine Arbeitgeber gezwungen, ihn einfach aufs Pflaster zu werfen, da es ihm sonst nicht möglich ist, existieren zu können. Man trifft jetzt vielfach Betriebe an, in denen früher 3 bis 4 Mann beschäftigt waren (keine Lehrlinge), die nun 3—5 Lehrlinge beschäftigen, aber keine Gesellen. Die Lehrlinge müssen von früh 6 bis 7—8 Uhr Abends und noch länger arbeiten. Ob die Lehrlinge dabei viel lernen und sich später anderswo ihr Brot auf ihrem Beruf verdienen können, darum kümmert sich Niemand. Hier heißt es einfach: „Wiel Arbeit und billige Arbeit“. Dadurch sinkt natürlich die Handarbeit auf das tiefste Niveau herab. Die kleinen Meister müssen durch die Befreiung von Schundarbeit selbst ihren Ruin herbeiführen. Wegen der Maschinen müssen Hunderte von Familienvätern ihren Beruf an den Nagel hängen und sich eine andere Existenz suchen. Es wäre eine Art von Gerechtigkeit, nur gelehrte Feilenbauer an den Maschinen zu beschäftigen. Jetzt sind aber größtentheils ungelernete Kollegen daran und noch dazu für einen Lohn, den man nur als Schundlohn bezeichnen kann. Die Herrn Haummaschinenbesitzer wagen es oft gar nicht, einem gelehrten Feilenbauer den Lohn anzubieten, den sie den Maschinenbauern bezahlen. Traurig, aber wahr! Die Hauptschuld daran tragen die Feilenbauergehilfen selbst. Wenn sich diese um ihre Organisation mehr gekümmert hätten, wäre die Wirkung der Haummaschine weniger schmerzhaft. Einem Theil unserer Kollegen beliebt es eben noch, sich in Lokalsprekulation zu organisieren, sie schädigen durch diese Präferenzen die Kollegen im Reich, die ernsthaft gewillt sind, ihre Lage zu verbessern.

Eine Tarifgemeinschaft wäre nun das einzige Mittel, wodurch das Getverbe gehoben werden könnte. Sie ist aber nur durchführbar, wenn eine gute Organisation vorhanden ist. Ein großer Theil Kleinmeister mit Gehilfen will nichts von Organisation wissen. Die Kollegen müssen darauf hinarbeiten, daß die Städte, wo die Feilenindustrie zu Hause ist, Vorbereitungen treffen. Wenn diese ernsthaft ans Werk gehen, dann werden auch die Orte, die nicht ausschlaggebend sind, sich anschließen. Der Mündel: „Ich bin gelehrter Feilenbauer, das ist nur ein Maschinenhauer oder Schleifer“, muß fallen. Hauptächlich muß die Regelung des Lehrlingswesens erfolgen, da der gelehrte Feilenbauer immer mehr überflüssig wird. Es muß aber auch ein entsprechender Lohn für Maschinenbauer festgelegt werden. Wenn von einem Berufslongeb die Rede ist, so glaube ich, daß dieser nur dann etwas Erhebliches schaffen

kann, wenn wirklich eine einheitliche und gute Organisation da ist. Oder soll der Kongress etwa, ohne daß die maßgebenden Städte der Feilenindustrie dabei sind, zu einer Tarifgemeinschaft Stellung nehmen? Auch die Unternehmer haben von einer Tarifgemeinschaft nur Vorteile. Deshalb aus Werk! Die bessere Rohmaterial, die ungewissheit kommen muß, wird dann eine Tarifgemeinschaft bringen.

**Mitteilungen aus der Metallindustrie.**

Zum Terrorismus der Industriearbeiter bringt die „Frl. Jg.“ einen bezeichnenden Beitrag. Sie schreibt: „Welche Angst vor der Diktatur der Syndikate unter den Beteiligten ist vorhanden ist, beweist die Antwort, die der Handelsrat auf eine Anfrage der Regierung wegen Namhaftmachung von Auskunftspersonen über das Walzdrahtsyndikat und das Drahtstiftsyndikat gegeben hat. Eine der befragten Handelskammern teilte mit, daß sie wohl im Stande gewesen sein würde, sehr geeignete Vertreter der Abnehmer des Drahtstiftsyndikats zu nennen, doch hätten diese Personen eine Teilnahme an den in Aussicht genommenen Verhandlungen abgelehnt, da sie, wohl mit Recht, fürchteten, bei freier Aussprache in einem dem Syndikat ungünstigen Sinne von diesem boykottiert und dadurch möglicher Weise in ihrer Existenz gefährdet zu werden. Derselbe Gesichtspunkt wird noch von einer anderen Handelskammer betont, die darauf aufmerksam macht, daß das Syndikat noch drei Jahre fortbestehen und seine Kunden in vollständiger Abhängigkeit habe; aus diesem Grunde müsse neben den kontraktlichen Verhandlungen Gelegenheit geboten werden, daß die Sachverständigen den Regierungsvertreter auch noch „unter vier Augen“ Mitteilungen machen könnten.“

Und dieselben Unternehmer, die hier den furchtbarsten Druck auf ihre Berufskollegen ausüben, schreiben über „Terrorismus“ der Arbeiter, wenn diese ihre Kollegen zu beeinflussen suchen, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen!

Aus der Fahrradindustrie. Nach dem Bericht des Vorstandes der Victoria-Fahrradwerke A.-G. Nürnberg über das Geschäftsjahr 1901/1902 hat der seit einigen Jahren herrschende Rückgang in der Fahrradbranche infolge einer etwas besseren Stimmung Platz gemacht, als eine Anzahl von Fabriken ihre Betriebe eingestellt hat, wodurch Angebot und Nachfrage nun besser ausgeglichen. Trotzdem der Preis des einzelnen Fahrrads — der Nachfrage entsprechend — wieder erheblich reduziert werden mußte, war es möglich, den Umsatz in Fahrrädern nicht unwesentlich zu erhöhen und in dieser Hinsicht ein besseres Resultat zu erzielen. Die neu aufgenommene Fabrikation von Schnellpressen hat dagegen die Erwartungen einer baldigen Besserung noch nicht erfüllt, wenn es auch gelang, den Umsatz gegenüber dem Vorjahre um mehr als den doppelten Betrag zu erhöhen. Die Fabrikate werden in Frankreich günstig beurteilt, indes mußten beim Verkauf von Schnellpressen mit Rücksicht auf den Wettbewerb mit alten angekauften Maschinen Konzessionen gemacht werden. Dazu traten noch die Schwierigkeiten, welche sich bei der Fabrikation eines neuen Artikels überhaupt ergeben, doch hofft der Vorstand dieselben wenigstens zum größten Teile im Laufe des nächsten Geschäftsjahres zu beheben. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß dieser neue Geschäftszweig größere Aufwendungen für Propaganda erforderlich machte. Um auch dieser Abtheilung einen weiter erhöhten Umsatz zu sichern, ist beabsichtigt, die Fabrikation und den Handel mit kleineren Hilfsmaschinen und Apparaten für Buchdruckereien aufzunehmen. Einen Verlust von 190,000 Mark im Vorjahre stellt in diesem Jahre nur ein solcher von ca. 69,000 Mark gegenüber, was bei der allgemein ungünstigen Geschäftslage immerhin als ein Fortschritt bezeichnet werden kann. Gegenüber einem Betriebsüberschuß von 212,499 Mark waren Handlungsverlusten mit 159,300 Mark, Fabrikverlusten mit 54,847 Mark und Abzugsrechnungen mit 67,687 Mark zu decken, so daß sich ein Verlust von 69,436 Mark ergibt, welcher mit dem vorjährigen Verlustsaldo von 34,107 Mark zusammen 103,543 Mark vorzutragen ist.

Aus der Metallindustrie Stuttgarts wird von 39 Betrieben berichtet, welche 1328 Arbeiter beschäftigen. Im Monat Oktober hatten 8 Betriebe die Zahl der Arbeiter um 26 erhöht, wohingegen in 10 Betrieben die Zahl der Arbeiter sich um 147 verminderte. Während noch im Jahre 1900 die Firma Stahl 1000 Arbeiter beschäftigte, sind es jetzt nur noch 420. Aus 10 Betrieben wird Arbeitsmangel gemeldet. In 8 Betrieben arbeiten 490 Arbeiter pro Woche 5340 Stunden weniger als bei normaler Arbeitszeit.

Das Siegerländer Hoheisen Syndikat wird nicht verlängert, die Verhandlungen sind endgültig gescheitert, so daß also das Syndikat mit dem 31. Dezember d. J. auflöst und die Werke schon jetzt in der Lage sind, selbstständig mit Hoheisenverträgen für das nächste Jahr vorzugehen. Ob dieses Scheitern des Syndikats die Lage des Eisenmarktes ungünstig beeinflussen wird, bleibt abzuwarten.

Belgische Eisenindustrie. Nach einem Bericht des belgischen Konsulats in Lüttich waren im Jahre 1901 in der Provinz Lüttich 14 Hütten mit 1408 Arbeitern in Betrieb. Erzeugt wurden 443,316 Tonnen Eisen im Werte von 29,197,300 Franc, gegen 44,672,350 Franc 1900. Die Krise hat hier fast geruht. 17 Hüttenwerke beschäftigten 71,472 Tonnen Eisen weiter. In den 5 Stahlwerken, die 3340 Arbeiter beschäftigten, wurden über 210,000 Tonnen Stahlwerke hergestellt. Der Arbeiterlohn ist bedeutend gefallen.

Eine weitere Verschlechterung des englischen Eisenmarktes ist eingetreten, da die amerikanischen Bestellungen sehr abgenommen, während die deutsche Konkurrenz, um

ihren Ueberfluß auf dem verengerten Markt unterzubringen, zu weiteren Unterbietungen greift. In einem Bericht der „N.Y. Welt“, aus London heißt es hierüber: Seit unserem letzten Bericht hat sich die Lage des Marktes keineswegs gebessert, im Gegenteil, die Anzeichen einer Depression, die sich in einigen Bezirken bemerkbar machten, haben sich noch verschärft. In einigen Rohmaterialien ist der Preis etwas heruntergegangen und die Nachfrage war ruhiger wie in der Vorwoche. Der Niedergang in den Preisen ist zweifelsohne in der Hauptsache der Verflüchtigung im amerikanischen Begehr zuzuschreiben; die Lage daselbst hat eine merkbare Wirkung auf die Tendenz des hiesigen Hoheisenmarktes bekommen. Die Lage des Marktes für Fertigfabrikate bleibt wenig befriedigend. In verschiedenen Zweigen herrscht ein flatterer Ton und es werden Käufe zu etwas gewöhnlichen Preisen befristet, wenn auch die Produktion in Anbetracht der heutigen hohen Kosten für Rohstoffe, kaum dazu in der Lage sind. Der einzige Artikel, der noch flott geht, sind Stahlblechen, von denen, abgesehen von der guten inländischen Nachfrage, für den Export erhebliche Mengen verschifft werden. Schiffbaumaterial liegt in einzelnen Bezirken etwas besser, aber man kann nicht sagen, daß das Geschäft irgendwo glänzend wäre; im Norden Englands sollen 50 Docks leer liegen. Der festländische Wettbewerb wird immer härter und in vielen Fällen drängt er die einheimischen Fabrikanten zurück. In Lancashire z. B. beträgt der offizielle Preis für Stabeisen 6 L. 15 s., verkauft wird zu 6 L. 12 s 6 d. während die belgischen Offerten auf 6 L. lauten; ein ähnliches Verhältnis herrscht bei Stahlknäulen, die von deutscher Seite 10 s. unter dem Inlandspreise von 4 L. 15 s. angeboten werden und verkauft wurden.

Zur Lage der Eisenindustrie in den Vereinigten Staaten im Oktober 1902. Der Monatsbericht des „Iron Age“ enthält die nachstehenden Angaben: Trotz der großen Schwierigkeiten in der Versorgung mit der nötigen Feuerkraft war im September 1902 die Produktion der Eisenhütten in den Vereinigten Staaten von Amerika nur um 50,000 T. hinter derjenigen des August zurückgeblieben und hatte die Höhe von ca. 1,447,434 Tonnen erreicht, so daß sich die in den ersten drei Vierteln des laufenden Jahres gewonnene Hoheisenmenge auf ungefähr 13,2 Millionen Tonnen stellte. Die Zahl der am 1. Oktober 1902 unter Feuer befindlichen Hochofen war 285, und ihre Leistungskraft für eine Woche belief sich auf 344,040 T., während am 1. September 1902 nur 281 Oefen mit 335,159 T. wöchentlichem Ausbeute in Betrieb waren und die Leistung der am 1. Oktober 1901 arbeitenden Oefen sich nur auf 307,982 T. stellte. Immerhin blieb die Erzeugung von Hoheisen und Stahlblechen auch im Oktober hinter dem Bedarf der Vereinigten Staaten zurück, so daß neue Aufträge für diese Waaren nach dem Auslande gegeben werden mußten. In mittleren Weiten und am Atlantischen Ozean waren die Gießereien für sofort benötigtes Rohmaterial fast vollständig auf den Export angewiesen. Viele kontraktmäßige Lieferungen aus inländischen Oefen waren rückständig, und die Verbraucher waren gezwungen, ihren dringenden Bedarf im offenen Markt zu decken.

Ausfuhrvergütungen in der Montanindustrie. Für die erste Hälfte des laufenden Jahres belaufen sich die vom Kohlen Syndikat und Halbzehnerverband gezahlten Ausfuhrvergütungen nach den vorläufigen Feststellungen auf 3,5 bis 4 Mill. Mark. Da im Wesentlichen dieselben Vergütungen auch in der zweiten Hälfte des Jahres gezahlt werden und mit Wirkung vom 1. Juli ab auch Ausfuhrvergütungen des Hoheisen-Syndikats hinzutreten, dürfte sich, einem rheinischen Blatte zufolge, für das ganze Jahr als Gesamtsumme der für die Ausfuhr angewandten Vergütungen der Betrag von ca. fünf acht Millionen Mark ergeben.

Die gesamte Hoheisenproduktion der Welt betrug nach dem in London erscheinenden „Commercial Intelligence“ im vorigen Jahre 40,408,000 Tonnen, wovon allein 15,873,000 Tonnen auf die Vereinigten Staaten entfielen. Es kommen dann Großbritannien und Irland mit 7,750,000 Tonnen, Deutschland mit 7,603,000 Tonnen, Rußland mit 3,100,000 Tonnen, Frankreich mit 2,362,000 Tonnen und die übrigen Länder mit 3,655,000 Tonnen. Ein Vergleich mit dem jährlichen Durchschnitt der fünf Jahre 1866—1870 zeigt, daß die Produktion von Hoheisen in den Vereinigten Staaten um 985 Proz., in Großbritannien und Irland dagegen nur um 51 Proz. gestiegen ist. In Deutschland liegt die Produktion um 525 Prozent. Für die ganze übrige Welt belief sich die Steigerung auf 236 Proz. Vor ungefähr 35 Jahren stand also Großbritannien und Irland mit der Hälfte der gesamten Hoheisenproduktion an der Spitze, während auf die Vereinigten Staaten zu jener Zeit kaum ein Eisenkel der Gesamtproduktion entfiel. Heute schreiben die Statistiken mit vier Zehntel daran und auf die letzteren sowie auf Deutschland kommen je zwei Zehntel. In dem Zeitraum von 1866—1870 kamen, was die Konsumtion betrifft, auf den Kopf der Bevölkerung der ganzen Welt 17 Pfund Hoheisen, während es im Jahre 1901 57 Pfund sind. Die Vereinigten Staaten verbrauchten in dem letzten Jahre allein pro Kopf 455 Pfund und Großbritannien und Irland 350 Pfund.

Die Stahlerzeugung der Welt hat 1901 rund 512,131 Tonnen betragen, wovon allein Amerika 262,206 lieferte.

Berichtigung. In dem Artikel „Die holländische Metallindustrie und die Krise“ in der letzten Nummer muß es in der sechsten Zeile unter der Rubrik statt 68 Prozent heißen: 33 Prozent.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der für die zu Ende gehenden Bücher auszufertigenden zweiten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vor- und Zunamens, des Berufes, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintritts des Inhabers. Diese Angaben sind notwendig, um nach denselben etwaige in der Hauptliste vorhandene Unrichtigkeiten und Mängel aus derselben beseitigen zu können. Die Ausfertigung des Mitgliedsbuches erfolgt durch die Ortsverwaltung und darf ein zweites Buch nur gegen Rückgabe des bisher benützten Mitgliedsbuches ausgehändigt werden. Die von den Mitgliedern ausgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher sind, um Mißbrauch zu verhüten, sofort in Gegenwart ihres bisherigen Besitzers zu vernichten. Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu erlösen sind, empfiehlt es sich, wenn die Ortsverwaltungen sich alle die im Jahre 1897 zur Ausgabe gelangten Mitgliedsbücher auf eine besondere Liste aus ihrer Mitgliederliste ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, sich zur Einsichtnahme in ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Wir ersuchen die Mitglieder, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern und bemerken dazu, daß die Ausfertigung von zweiten Mitgliedsbüchern nur innerhalb des ersten Quartals 1903 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden, weil anzunehmen ist, daß die betreffenden Antragsteller über dreizehn Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande und daher gar nicht mehr Mitglieder sind. Für Bestellungen auf zweite Bücher ersuchen wir stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Hierdurch bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß die erste 10,000 Stück betragende Auflage des „Metallarbeiter-Notizkalenders 1903“ vollständig begriffen ist.

Da nun die Nachfrage nach dem Kalender eine äußerst lebhafteste ist und zweifellos bei einer Reihe von Verwaltungsstellen, die entweder noch gar keine oder doch nur wenig Kalender bezogen haben, weitere Bestellungen vorliegen, so beabsichtigt der Vorstand eine zweite Auflage des „Metallarbeiter-Notizkalenders 1903“ herauszugeben. Um die Höhe der zweiten Auflage bestimmen zu können, ist es notwendig, daß die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten die etwa schon bei ihnen eingegangenen Bestellungen sofort, spätestens aber bis zum 15. Dezember ds. Jrs. nach hier mitteilen.

Diesem Mitglieder aber, die noch keinen Kalender haben und sich einen solchen anschaffen wollen, ersuchen wir, dies der Ortsverwaltung bezu. dem Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle ihres Ortes mitzutheilen, damit ihre diesbezüglichen Wünsche berücksichtigt werden können.

Je früher die Bestellungen eingehen, desto rascher kann geliefert werden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Worms am Rhein die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von 5 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wird nach § 8 Abs. 7 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Schlosser Rudolf Weber, geb. am 21. Januar 1872, Buch-Nr. 194,003, wegen Unterschlagung anvertrauter Gelder;
- der Schlosser C. Brilsson, geb. 24. November 1864 in Wegebuhr, Buch-Nr. 2, wegen unkollegialen Verhaltens;
- der Schlosser Max Schrödt, geb. am 8. Januar 1875 zu Altwasser, Buch-Nr. 395,795, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezu. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: Dem Schlosser Josef Hornmeyer, geb. zu Offenburg am 2. August 1882, Buch-Nr. 432,704, nach dem von der Verwaltungsstelle in Offenburg gestellten Antrage, Entwendung eines Buchs der Gewerkschaftsbibliothek.

Dem Schlosser Franz Rieger aus Wasseralfingen, Buch-Nr. 386,972, nach dem von der Verwaltungsstelle in Alttötting gestellten Antrage, Erbschwindelung einer Unterstüfung.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Erhard Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

# Korrespondenzen.

## Feilenhauer.

Breslau. Der Streit bei Wilkens dauert fort. Bericht folgt.

## Klempner.

Schwarzenberg i. Erzgeb. In Emmerich am Rhein haben bei der Firma J. Breitenstein 39 Klempner die Kündigung eingereicht. Die Firma sucht hier im Erzgebirge Klempner und zwar ertheilt nach dem Inzerat darüber Auktionsrat Emil Fiedel, Werkführer, Aue, Schwarzenbergerstraße, dessen Bruder bei Breitenstein Klempnermeister ist. Nicht darauf hereinfallen!

## Metallarbeiter.

Im Namen des Königs! In der Privatklage des Fabrikbesizers Ernst Gehner in Aue, Privatklägers, — Vertreter Rechtsanwalt Naabe in Aue — gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung und Glückauf“ Johann Scherm in Nürnberg, Luisenstraße 9, Angeklagten, — Vertreter Rechtsanwalt G. Luft in Nürnberg — wegen Verleumdung, hat das 1. O. Schöffengericht zu Aue in der Sitzung vom 3. Oktober 1902 für Recht erkannt: Der Angeklagte Johann Scherm wird wegen Verleumdung zu fünfundfünfzig (75) Mark Geldstrafe und im Falle von deren Uneinbringlichkeit zu fünf- undzwanzig (25) Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Auch ist der verhängende Theil des Urtheils innerhalb zweier Wochen nach dessen Rechtskraft auf den Antrag des Privatklägers hin auf der fünften Seite der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“ und der ersten Seite des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ auf Kosten des Verurtheilten bekannt zu machen. Gründe: pp. pp. pp. Uff. Neben. Bekannt gemacht am 21. November 1902. Der Gerichtsschreiber beim k. Amtsgericht Aue.

**Gannstatt.** Die jetzigen Zustände, wie sie in den Nummern 42 und 46 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung aus Ludwigsburg über die Firma Wetter berichtet wurden, herrschen bei der hiesigen Firma Stuttgarter Maschinenwaarenfabrik von Wolf Knecht. Diese Firma sucht in auswärtigen Blättern fortgesetzt „tüchtige Klempner, Metallbrüder usw. bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung“. Da keine dieser Verprechungen gehalten wird, so erscheint es angezeigt, den Kollegen reinen Wein über die Arbeitsverhältnisse bei Knecht einzuführen, damit sie vor Enttäuschungen bewahrt bleiben. Bei der Firma Knecht in Gannstatt wird ausschließlich im Akkord gearbeitet. Die Akkordpreise sind so niedrig angesetzt, daß der tüchtigste Arbeiter dabei nicht zurecht kommen kann. Dabei fehlt es an entsprechenden technischen Einrichtungen; vielfach mangelt es auch an den Werkzeugen. Nicht selten kommt es vor, daß dieses oder jenes Rohmaterial fehlt und die Arbeiter Stunden lang darauf warten müssen, ohne dafür im Lohn entschädigt zu werden. Daß unter diesen Umständen nichts zu verdienen ist, leuchtet ein. Verdienste von 1—2 Mk. pro Tag sind keine Seltenheit. Bezeichnend für das Geschäftsgeheim der Firma Knecht ist jedenfalls der Umstand, daß eine Arbeit, für die es 1 1/2 Pfg. gibt, in einer Auflage von 3 Stück im Akkord vergeben wurde. Also ein Akkord für 5 Pfennig! Darüber muß der Meister — der, nebenbei gesagt, vom Geschäft keine Ahnung hat — einen Akkordzettel schreiben, die Arbeit ins Buch eintragen, also Zeit aufwenden, deren Werth zweifellos denjenigen der betreffenden Akkordarbeit überwiegt. Daß diese Verhältnisse einen stetigen Wechsel im Arbeitspersonal zur Folge haben, ist klar. Witter enttäuscht kehren die von auswärtig gekommenen Arbeiter der Firma Knecht wieder den Rücken. Die Firma glaubt diesen Wechsel darauf zurückzuführen zu können, daß sie lauter minderwertige Arbeitskräfte bekomme. Würde sie versuchen, die Ergebnisse in ihrem Geschäft verstehen zu lernen, so brauchte sie ein solches Klagegedicht nicht anzufertigen. Denn unter den früheren Arbeitern der Firma Knecht sind manche darunter, die in anderen ähnlichen Betrieben ihr Fortkommen gefunden haben und dort zu den tüchtigsten Arbeitern zählen. Die Firma Knecht vertritt es eben nicht, sich einen Stamm tüchtiger Arbeiter herauszusuchen, noch viel weniger, denselben zu erhalten. Um mit konkurrieren zu können, muß sie fortgesetzt zu Lohnreduktionen greifen. Folgender Vorfall verdient noch hervorgehoben zu werden. Ein früherer alterer Arbeiter der Firma Knecht erzählte dem Schreiber dieses, daß Herr Knecht ihn erachtete habe, recht fleißig zu arbeiten, sich von den übrigen Arbeitern fern zu halten und wenn er höre, daß die übrigen Arbeiter unzufrieden wären, so solle er ihm dies mittheilen, damit die Werkstatt von solchen „unzufriedenen Elementen“ gesäubert werde. Demangandienste mützel also die Firma Knecht ihren Arbeitern zu. Sie hat es damit auch so weit gebracht, daß sich ihre Arbeiter von der Organisation fern halten. Verbessert hat sie dadurch ihre geschäftliche Position nicht. Ihr vertrocknendes Geschäftsprinzip treibt sie auf der abschüssigen Bahn weiter. Man geht nunmehr dazu über, sich durch Anlernen von Lehrlingen billige und tüchtige Arbeiter heranzuziehen. So wurde einem Lehrer des Nachbarortes Mühlstein mitgeteilt, daß bei der Firma Knecht Maschinenlehrlinge angenommen werden, die im ersten Jahre 10 Mk., im zweiten Jahre 20 Mk. und im dritten Lehrjahre 30 Mk. pro Monat erhalten sollen. Welche Ausbildung solchen Lehrlingen zur Theil wird, läßt sich leicht denken, und es ist den Eltern nur zu rathen, ihre Söhne anderswo unterzubringen. Aus dem Angeführten mögen unsere auswärtigen Kollegen ersehen, wie es bei dieser Firma bestellt ist und sich durch deren Verprechungen nicht mehr dazu verlassen lassen, nach Gannstatt zu kommen, wo sie nur Enttäuschungen erleben. Daß derartige Zustände überhaupt einzutreten können, ist zum großen Theil auch in dem Indifferentismus und der Gleichgültigkeit der Kollegen begründet. Solle ich Euch denn Deutschen Metallarbeiter-Verband an, der Eure Interessen stets wahr, und somit durch Fernbleiben von solchen Betrieben dafür, daß dieselben entweder verschwinden, oder ihren Arbeitern anständige Behandlung und Entlohnung zu Theil werden lassen.

**Frankenthal.** Am 11. November fand eine Branchenversammlung für Dreher und Maschinenarbeiter der Schnellpressenfabrik Albert & Co. statt. „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage obiger Berufe bei genannter Firma und wie ist eine bessere Existenz zu erringen“, lautete das Referat, das Kollege Massatsch aus Stuttgart übernommen hatte. Schon der überaus starke Besuch bewies, daß bei der Weltfirma Albert & Co. nicht alles Gold ist was glänzt. Den Anlaß zu dieser Versammlung gab ein 10prozentiger Akkordabzug. Mit Aufrufen überhäuft, so daß Lieberstunden und sogar partielle gearbeitet werden mußte, machte die Firma trotzdem Abzüge. Die Behandlung seitens einzelner Meister spottet jeder Beschreibung. An der Hand von reichhaltigem Material konnte der Referent konstatieren, daß gegen Herrn Direktor Gans, welcher allgemein als humaner Mann gelte, wenig oder gar nichts zu klagen sei, obwohl das Fehlen eines Arbeiterauschusses, ungelagerte Wäschegelegeneit etc. nicht ganz im Einklang mit der sozialreformatorischen Thätigkeit des Herrn Direktors zu bringen seien. Auch über die Behandlung durch die meisten Meister konnte nicht besonders geklagt werden. Dagegen die Behandlungs- und Ausdrucksweise der beiden Meister Mayer und Hanulko hier wiederzugeben, sträubt sich die Feder. Ersterer, der sich als akademisch gebildeter Mann ausgibt, bebient sich seinen Arbeitern gegenüber Ausdrücken, welche jedweden Sitten- und Anstandsgefühl Hohn sprechen. Letzterer steht, wie der Referent aus Briefen schilderte, den Kollegen in Magdeburg und Cöthen noch lebhaft in Erinnerung. In Magdeburg ist er auch als Ritter des Faustkampfes bekannt, jedoch soll er jedesmal den Kürzeren gezogen haben. Herr Hanulko will nun zum Rade laufen und wünschen wir nur, daß er sich nicht noch einmal anders befindet und uns nicht die Gelegenheit nimmt, den Beweis unserer Behauptungen zu führen. Zum Schluß mußte der Referent konstatieren, daß nur straffe Organisation in der Lage sei, Abhilfe zu schaffen. Die Anwesenden scheinen dies beherzigt zu haben und macht die Organisation bei der Firma Albert gute Fortschritte. In späterer Zeit soll eine Versammlung für die übrigen Branchen stattfinden. — Zwei Tage später referierte Kollege Massatsch in einer ebenfalls stark besuchten Versammlung über die Geschäftslage in der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter. In 1 1/2 stündigem Vortrag wies Referent darauf hin, wer eigentlich die jetzige schlechte Geschäftslage verschuldet und daß die Arbeiter am meisten darunter zu leiden hätten. Diejenigen Arbeiter, welche es versäumt haben, sich rechtzeitig zu organisieren, werden es gewiß schon bitter bereuen haben; doch nie sei es zu spät, das Versäumte nachzuholen. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen gezollt und wünschen wir nur, daß die unorganisierten Kollegen in sich gehen und in die Reihen derer eintreten, mit denen sie in obiger Versammlung so lebhaft sympathisieren.

**Görlitz.** In der Woche vom 9. bis 15. November haben hier mehrere öffentliche Versammlungen stattgefunden, die alle sehr gut besucht waren, und in denen der Bezirksleiter Kollege Schlegel über: „Die Mißstände in den hiesigen Fabriken und die Lage der hiesigen Metallarbeiter“ sprach. Nachstehend lassen wir einen Bericht über die am Mittwoch, den 12. November, stattgefundene Versammlung, welche in erster Linie für die Arbeiter der Waggonfabrik und der Maschinenbauanstalt einberufen war, folgen. Der Kollege Schlegel führte etwa folgendes aus: „Wissenschaft ist die Meinung verbreitet, daß in Oberschlesien die schlechtesten Löhne gezahlt würden. Gewiß werden dort auch keine ausreichenden Löhne gezahlt, aber die Löhne in Mittel- und Niederschlesien sind noch niedriger. Das muß festgenagelt werden, trotzdem aus Oberschlesien die meisten Streikbrecher kommen. In Mittel- und Niederschlesien wurden 1901 pro Kopf und Jahr 760,76 Mk. Lohn gezahlt, in Oberschlesien 854,34 Mk. Dabei ist die Arbeitszeit durchschnittlich dieselbe. In Görlitz ist in der Zahl der Beschäftigten ein Rückgang bis zu 18 und 20 Prozent bei der Metallindustrie nach dem Handelskammerbericht konstatirt. Die Konkurrenzfähigkeit wird auf Kosten der Arbeiter erhalten. In der Maschinenbauanstalt sind in der Formerei die Löhne seit 3 Jahren um mindestens 20 Prozent herabgesetzt worden. Von einem Fabrikanten ist in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ auslässlich des Meccaner Streiks ein scharfes Urtheil gefällt worden über jene Unternehmer, welche die Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der Arbeiter erreichen wollen. Herr Petri, der Prokurist der Firma Raupach, bestritt, daß die Görlitzer Metallarbeiterlöhne mit 20 Pfg. anfangen, und solche von 22, 24, 26 und 28 Pfg. vorkämen, und stellte die Einsicht in die Lohnlisten zum Beweis in Aussicht. Als ich darauf bestand, konnte ich die Listen aber nicht einsehen, weil es Herr Raupach nicht gestattet. Wir brauchen aber die Lohnlisten nicht, denn wir haben ja beweiskräftige Lohnzettel. Dabei hat gerade Herr Petri es veranlaßt, daß vor einem halben Jahre die Löhne im Durchschnitt um 2 Pfg. (Zusatz: 4 Pfg.) pro Stunde verfürzt worden sind. In einer anderen Fabrik ist indirekt angedeutet worden, daß eine weitere Lohnreduktion kommen würde, als Antwort auf die Forderung der Dreher nach Regelung der Lohnverhältnisse. Dabei wurde von dem Ingenieur noch den Drehern der gute Rath gegeben: Laßt Euch doch von den Meistern keine Mißthate gefallen, seid einig! Die Käufe in der Tasche fallen und Geißler schwenden, müht nichts. In der Maschinenbauanstalt wird in der Gießerei Arbeiter bei Nacharbeit nicht mehr bezahlt. Die Ventilation besteht in vielen hiesigen Betrieben darin, daß man bei dicker Luft ein Fenster aufmacht und wenn das nichts hilft, noch die Thür. Die Heizleitungen der Maschinenbauanstalt und die Trockenkammern liefern einen der Gesundheit sehr schädlichen Dampf. Die Aborte sind bei Krollius besonders ungesund: zwei Pfähle und eine Latrine. Wäscheeinrichtungen sind wohl fast überall vorhanden, aber es kommt vor, daß in manchen kein Wasser ist. Oft sind die Wäscheeinrichtungen unpraktisch und können von vielen Arbeitern in kurzer Zeit nicht benützt werden. Auch die Heizrichtungen machen nicht immer warm. Die Unternehmer denken, das In-die-Hände-Fußten und Drauflosarbeiten macht schon warm. Die Sandformner der Maschinenbauanstalt haben auf 5—6 Formner nur einen Hilfsarbeiter. Die Formner sollen mit dem Meißler laut Arbeitsordnung

über den Akkordpreis „verhandeln“. Das heißt, der Meister gibt den Preis an, damit sind die „Verhandlungen“ zu Ende. Die Meinung der Arbeiter wird nicht respektirt. Bei „geheimen“ Abstimmungen schreibt man die Kontrollnummer auf die Stimmzettel. Bei Raupach haben wir den Erfolg zu verzeichnen, daß die Firma die Zeit des Spalierziehens theilweise bezahlen will. Erst wurde bestritten, daß ein Druck bezüglich des Spalierziehens ausgeübt wurde. Später wurde zugegeben, daß der Obermeister sich dort um das Spalier bemüht hatte. Dabei müssen sich die Arbeiter nicht verhöhnen lassen, wenn sie keinen Hinderer haben. Solche Zustände sind nur möglich, weil die Organisationen nicht genügend erstarkt sind. Soll das auf die Dauer so bleiben? Die „Schlesische Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft“ hat im verfloffenen Jahre keinen Pfennig für die Unfallversicherungskassen ausbezogen. Während man im Reichstag die Arbeiter „stophuloses Gefindel“ schimpft, verlangt man hier Königs-treue. Die Arbeiter müssen der Organisation beitreten und sich in den Dienst des Ganzen stellen. — In der Diskussion sprach zunächst Genosse Müller. Vor den Stadtverordneten-Wahlen rief uns Herr Sondermann zu: „Warten Sie nur ab, wie nächstes Jahr die Dividenden ausfallen werden“. Dabei kriegen die Aktionäre dieses Jahr 9 Prozent Dividende. Das sind die schlechten Zeiten für die Aktionäre! Und für nächsten Winter sind abermals Lohnkürzungen angeheißigt. In seinem Schlußwort bedauert Gen. Schlegel, daß die anwesenden Meister während der Pause den Saal verlassen hätten. In der Waggonfabrik wurde, wie wir in letzter Stunde berichtet wurde, beim Meister Krause das Reparieren der Bank nicht im Stundenlohn bezahlt. Das soll der Arbeiter also im Akkord mitmachen. Der Obermeister Bod hat dort Arbeitern gegenüber Ausdrücke gebraucht, wie „Lümmel“ und „Kohjanke“. Der Meister Bügel will Leute, denen etwas nicht paßt, rauschmeißen. Bei der Firma Raupach ist sogar 18 Pfg. Stundenlohn gezahlt worden. Dort ist auch ein famoser Kalkulator, der eine Arbeit (Steuerräder) auf 80 Pfg. kalkultirte, die im Stundenlohn auf 22 Mk. kam. Als der Lohnzettel eines alten Arbeiters über 14 Pfg. Stundenlohn herangezogen wurde, meinte man dort, daß sich das nicht gehört, denn sonst hätte die Zufriedenheit auf. Wenn der 28. November freigegeben wird, dann wird wohl in Zukunft auch der 1. Mai freigegeben werden! Nur eine starke Organisation kann bei gelegener Zeit gegen die Unternehmer etwas erreichen. — Wenn wir zurückblicken auf den Erfolg der Versammlungen, so können wir damit sehr zufrieden sein. Sind doch eine ganze Anzahl neuer Mitglieder gewonnen worden, und die eingeübte Mühseligkeit ist verschwunden. Neues Leben ist eingekkehrt. Nun gilt es, durch eifrige Nacharbeit den erzwungenen Erfolg festzuhalten. Kollegen von Görlitz! Beherzt dies, seid auf dem Posten, helfe Jeder die Organisation ausbauen, damit wir bei Eintritt der besseren Konjunktur gerüstet dastehen!

**Mühlhausen i. G.** Am 10. November sprach Bezirksleiter Frick in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in längerer Ausführungen über die Entstehung, Ursachen und Wirkungen der Krise. In der Diskussion kam Kollege Olliger auf die Lage der Metallarbeiter am Platze zu sprechen und kritisirte mit kernigen Worten die Mißstände in den verschiedenen Betrieben. Längere Zeit sprach dann noch Kollege Gummel über den Nutzen der Organisation und deren Einwirkung auf die Arbeiter in Bezug auf die geistige Auffklärung und Bildung derselben; ebenso schilderte er die Schwächheit der Akkordarbeit. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Trotzdem man keine Ausgabe und keine Mühe gescheut hatte, um die Versammlung bekannt zu geben, haben es nur wenige (von 12,000 am Orte beschäftigten Metallarbeitern) für nöthig befunden, in der Versammlung zu erscheinen. Es ist dies eine tieftraurige, geradezu besorgniserregende Thatsache. Wann werden die hiesigen Metallarbeiter sich wohl aufraffen aus ihrem Schlaf? — Die hiesige Verbands-Zahlstelle wird durch Werkstattversammlungen das zu erreichen suchen, was in der öffentlichen Versammlung nicht gelang, den Eintritt der Massen der hiesigen Metallarbeiter in die Organisation und damit das Streben nach besseren Verhältnissen.

**München.** Sehr traurig sind die Verhältnisse der mit Bauarbeiten beschäftigten Metallarbeiter. Wache Hungerlöhne sind an der Tagesordnung, und selbst nach solchen „fetten“ Stellen findet ein wahres Bettelarmen statt, wenn eine solche ausgeschrieben wird. Noch viel trostloser ist jedoch das Bild in der Maschinenindustrie. Arbeitsentlohnungen, Arbeitszeitkürzungen um 1 bis 2 Stunden pro Tag, Abzüge und Lohnreduktionen lösen sich gegenseitig ab. Die Firma Sugg u. Kaiser arbeitet nur mehr 5 Stunden täglich; ebenso die Maschinenbau-Gesellschaft, die Letztere nimmt zudem noch Entlohnungen vor. Ganz gepeinigt haben die Maschinenwerke München-Gründling. Dort war aus Strafgeboten und Vierpfennigen eine Unterhaltungskasse gebildet, in der sich angeblich nahezu 300 Mk. befanden. Bisher waren die Geizer für Unterhaltung der Arbeiter bestimmt. Nicht auf einmal, da Schluß gemacht wurde und die Arbeiter auf Theilung des Geldes drängten, entdeckten die Herren Meister, ja sogar Herr Direktor Krause, daß auch sie Arbeiter seien. Zum Mindesten hätten auch sie Bier getrunken, ergo zur Kasse gesteuert und daher auch Ansprüche an den Fond. Zu theilen gab es allerdings nur 127 Mk. 50 Pfg., d. h. der Herr Direktor Krause zog seinen Theil und wird recht wohlhabend die Unbilden der auf die Straße gejagten Arbeiter mit ertragen. — Erbärmliche Löhne zahlt die Firma Seidl u. Meier, Fabrik für gelochte Bleche, Westendstraße. Der Durchschnittslohn beträgt bei 11stündiger Arbeitszeit 29 Pfg. pro Stunde. Unter 23 Arbeitern befinden sich nicht weniger als 9 mit einem Stundenlohn von 22 Pfg. Es sind dies jedoch nicht junge unerfahrene Leute, sondern 8 davon stehen im Alter von 19 bis 60 Jahren, die sich von 3 Monaten an bis zu 4 Jahren im Betrieb befinden; darunter sind 4 gewerbliche Arbeiter. Vier weitere gewerbliche Arbeiter im Alter von 20 bis 42 Jahren verdienen gar schon 24 Pfg., darunter eines

mit 6 Dienstjahren. Weitere 2 mit 3/4 und 5jähriger Dienstzeit verdienen 30 Pfg. Also von 23 Arbeitern verdienen knapp 15 den ortsüblichen Tagelohn. Nur 7 Arbeiter, die von 4 bis 11 Jahren dort beschäftigt sind, bekommen 31, 32, 35, 37, 40 und 42 Pfg. Einer wird gar mit 60 Pfg. Stundenlohn abgefunden. Damit aber die Leute nicht davonlaufen, gewährt die Firma entsprechende Vorzuschüsse, so daß die Leute öfters am Samstag statt Geld nur noch den Lohnzettel erhalten. Nun trägt sich die Firma mit dem Gedanken, die Heueren 22 Pfg.-Stundenarbeiter zu entlassen und billigere (weibliche) Kräfte einzustellen. Wie sich diese mit den zentnerschweren Leibern abfinden sollen, ist offenbar das Geheimnis der Betriebsleitung. — Eine wahre Giftblüte nennen die Herren Weinbrenner u. Komp. (Witzreiterstraße) ihr Eigentum, sonst „Münchener kunstgewerbliche Metall-äberei“ bemaufen. Dort sind ca. 50 Arbeiterinnen beschäftigt, denen gerade die giftigsten und gesundheitsgefährlichen Arbeiten mit den verschiedensten Säuren zugewiesen werden, wie Stahlbeizen und Gelbbrennen. Es ist das selbst eine ständige Erscheinung, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die kaum dort eingetreten sind, auch schon krank werden. Einem Arbeiter, der sich nicht nur den Maschinen, sondern auch den Wagen durch Gelbbrennen vollständig ruinirt hatte, wurde, kaum gesund, die gleiche Arbeit wieder zugewiesen. Zu alledem zahlt die Firma noch recht glänzende Löhne. Kunstschlosser erhalten 22 Pfennig pro Stunde bei 9stündiger Arbeitszeit, also pro Tag 1 Mk. 98 Pfg., und die Arbeiterinnen verdienen bei der mühevollen Arbeit gar 80 Pfg. bis 1 Mk. 12 Pfg. pro Tag. — Den Rekord in Hungerlöhnen erzielt jedoch die Firma Heilbrunner, Eisengießerei und Konstruktionswerkstätte. Diese Firma, die ohnehin schon die schlechtesten Löhne zahlt und fortgesetzt mit den Arbeitern in Konflikt ist (siehe herzu), merkt sich die Herren im Sommeraufenthaltsort von den „Strapagen“ erholen, will nunmehr den Arbeitern 10 bis 16 Proz. an ihrem „sehr hohen Lohn“ in Abzug bringen. Die hohen Löhne sehen folgendermaßen aus: In der Gießerei hatten 16 Arbeiter Stundenlöhne von 31 bis 44 Pfg. Den schlechtesten bezahlten wurde 1 Pfg., den „besser“ bezahlten 2, 3, 4 bis 7 Pfg. pro Stunde schon früher in Abzug gebracht, so daß jetzt Löhne von 30 bis 37 Pfg. bezahlt werden. Ähnlich steht es in der Schlosserei. Löhne, die früher auf 40 bis 46 Pfg. standen, sind auf 36 bis 39 Pfg. herabgesetzt worden; ferner werden in der Schlosserei noch Löhne bezahlt von 10 Pfg. bis 30 und 32 Pfg. pro Stunde. Das sind die „sehr hohen Löhne“, die erneut gekürzt werden sollen. Die turbulenten Herren sollten es doch selbst einmal versuchen, mit solchem „Einbrennen“ sich durchzusetzen. Uebrigens tadelt die ganze Kade. Der Herr Direktor selbst ließ schon einmal den Maerz aufschreiben: „Was raus, die Maerz tadelt!“ Auch einen Kutscher hält sich die Firma. Damit dieser aber nicht so teuer kommt, hat man ihn die Kantine übergeben. Die Arbeiter fanden es aber ihrer Gesundheit zuliebe räthlicher, die Kantine zu meiden. Die Herren trugten jedoch Nach. Bei Androhung der Entlassung müssen die Arbeiter nun die Kantine frequentieren, sie dürfen nicht einmal ihr Bier selbst mitbringen. Das Vorgehen der Herren Heilbrunner entsprach sich laut eigener Aussage als Nachkomme, „da die Arbeiter bei guter Konjunktur auch keine Rücksicht auf sie genommen hätten.“

Recht Euch dies, Metallarbeiter! Arbeit unentgeltlich an der Stärkung und dem Ausbau der Organisation, um Achtung gebietend dazustehen auch zur Zeit der Krisis. Nur dann kann es gelingen, Uebergriffe energisch abzuwehren.

Neutlingen. Seit Jahren bestanden bei der Firma Ehr. Raible, Maschinenfabrik und Gießerei, ganz unbillige Zustände. Durch den ständigen Wechsel unter den Meistern brachte es Herr Raible bisher fertig, alle Schuld auf diese abzuwälzen. Meister Albrecht, erst einige Wochen bei der Firma, hat es durch sein unqualifizierbares Benehmen fertig gebracht, die Arbeiter noch mehr zu zwingen. In einer Werksratsversammlung wurde einstimmig beschlossen, nochmals zu versuchen, die Lohnreduktionen (bis zu dreißig Prozent) rückgängig zu machen und eine anständigere Verhandlung seitens des Meisters Albrecht zu erzielen. Die Verhandlungen scheiterten an der Hartnäckigkeit des Herrn Raible, und so beschloß man schließlich, ihre bedingte Kündigung einzureichen. Herr Raible war keineswegs erbaut über den Schritt seiner Formner, und mit den Worten: „Ich bekomme Formner genug!“ machte er seinem bedrängten Herzen Luft. Dasselben blieben aber trotz aller Injunkte aus. Kollege Frisch wurde nochmals vorbestraft, und nach langen Verhandlungen wurde ein Replikat erstellt, mit dem die Formner zufrieden sein konnten, gingen doch deren Forderungen wesentlich glatt durch. An den Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, das Erreichte hoch zu halten. Den fernstehenden Kollegen, einer patriotischen Zahl, rufen wir zu: Hinein in die Organisation!

England. Das provisorische Abkommen betr. das Prämiensystem, das zwischen den Vorständen der Maschinenbau-Unternehmer-Föderation und der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer getroffen ist (in Uebersetzung veröffentlicht in Nr. 39, S. 315 der D. M.-Ztg.), hat bei den Mitgliedern der letzteren Widerspruch gefunden, wie zahlreiche Zuschriften und Resolutionen an den Vorstand beweisen. In dem Oktoberheft des Verbandsorganes „The Engineering Monthly Journal“ vertritt der Vorstand sich gegen den Vorschlag, nicht berechnigt worden zu sein, ein solches Abkommen zu unterzeichnen. Zur Rechtferigung seines Vorgehens verweist er in demselben Heft eine längere Zuschrift von dem Geschichtsschreiber des britischen Gewerkschaftswesens, dem früheren Ministerialrathe Mr. Sidney Webb, der sich über dieses Abkommen sehr lobend äußert. Bei dieser Gelegenheit bespricht Mr. Webb auch kurz den Bericht der Arbeiterzeitung und erklärt sich gegen dieselbe, so lange sie nicht durch die Organisationen fest geregelt ist. Er erklärt sich jedoch auch als prinzipieller Gegner des Zeitlohnens, den er als

roh und primitiv, ja als „Methode des Sklavenhaltens“ bezeichnet. Sein Ideal ist die Einführung allgemein gültiger, detaillierter Stückpreisliften, die von Delegirten sowohl der Unternehmerverbände, als auch der Arbeiterverbände festzusetzen seien. Es sei auch für die Maschinenindustrie — wenigstens für einzelne Branchen derselben — nicht unmöglich, solche Liften, die sich in den Dampfer-, Baumwollspinnereien und den Birminghamer Messingwaren-Fabriken gut bewährt hätten, einzuführen. Bis zur Einführung derartiger Liften sei das Prämiensystem unter Zugrundelegung eines Abkommens, wie es kürzlich von den Maschinenbauern provisorisch getroffen worden sei, der beste Ausweg. Die Ausführungen des Mr. Webb enthalten viel Interessantes, jedoch auch Manches, das nicht ohne Widerspruch bleiben darf. Wir werden noch darauf zurückkommen.

## Rundschau.

Alfred Krupp †. Der mächtigste europäische Industrielle der Kanonendonk Alfred Krupp, ist am 22. November plötzlich an Gehirnschlag verstorben.

Frisch auf zum lustigen Jagen. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, der in der gesammelten Parteipresse zum Abdruck gelangte. Anlaß dazu gab ein vertrauliches Zirkular von mehr oder weniger bekannten Scharmachern, in dem allen ängstlichen Gemüthern der Zusammenstoß gegen die Sozialdemokratie empfohlen wird. Zum Kampf gegen die Sozialdemokratie wird recht warm eine zu diesem Zwecke hergestellte Broschüre empfohlen, mit der wohl das selbe erreicht wird, wie mit allen bisherigen Scharmacherbroschüren: es gelangt Aufklärung in die der Arbeiterbewegung fernstehenden Bevölkerungsschichten.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung bemerkt unter pharisäischem Augenaufschlag die Gehaltsregulierung, wie sie von unseren Berliner Genossen in ihrer letzten Generalversammlung getroffen wurde. Wir begreifen, ob die Herren Generalsekretäre der Scharmacher mit derartigen Gehältern zufrieden wären. Wir sehen dabei natürlich ganz davon ab, daß die Tätigkeit dieser Herren, was Mühseligkeit und Intensität betrifft, mit der unserer Genossen keinen Vergleich auszuhalten vermag. Es trifft sich übrigens ganz gut, daß die deutsche Bergarbeiterzeitung zu gleicher Zeit das Kapitel der „fetten Gehälter der Agitatoren“ behandelt. Sie weist darauf hin, daß nicht nur die direkt kapitalistische, sondern auch die ultramontane-konservative Presse nicht genug von diesen fetten Gehältern zu erzählen weiß. Vor uns, sagt sie, liegt der Geschäftsbericht des ultramontanen Rheinischen Bauernvereins. Derselbe hatte 1901 eine Gesamteinnahme (inkl. Bestand) von 382,330 Mk., eine Ausgabe von 169,911 Mk. Da der Jahresüberschuß nur 18,853 Mark betrug, so belief sich die eigentliche Einnahme auf 188,754 Mark, das andere war Bestand. Dieser Geschäftsausweis beweist gerade keine Sparsamkeit, aber man muß auch wissen, was dieser Verein für einen Beamtenstab hat! Es sind nicht weniger wie sechs Gruppen vorhanden, deren Gehälter wie folgt geregelt sind: Generalsekretär 4500—7500 Mark, jährlich um 150 Mk. steigend, außerdem 500 Mk. Miethschädigung; Vorsteher der Verpflegung 4000—6000 Mk., 400 Mk. Miethschädigung; Vorsteher der Konsumation und Respektier des Rhein. Bauern 3500—5500 Mk. und 300 Mark Miethschädigung; die Chemiker in leitender Stelle 2500—3700 Mark; Vorsteher der Saatstelle 2000—2700 Mark; Sekretäre 1700—2700 Mk.; Chem. Assistenten 1500—2500 Mk.; Schreiber 1000—1600 Mk. Diener werden angestellt je nach Fähigkeit mit einem Anfangsgehalt von 400—800 Mk., steigend bis 1200 Mark. Gleichzeitig ist eine Penstionsordnung aufgestellt, nach der nach 10 Jahren bei Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt gezahlt werden soll, welches sich in dem Rahmen der für die Staatsbeamten gültigen Bestimmungen hält. — Diese Gehaltskataster sehe man sich nur recht genau an. Der höchst-bekohelte Beamte des deutschen Buchdruckerverbandes, der einen Jahresumsatz von über zwei Millionen Mark hat, bekommt nicht einmal die Hälfte des Gehaltes, den der Generalsekretär des Bauernvereins bezieht. Unser Verband zahlt noch viel weniger. Allerdings bekommen die „Diener“ des Bauernvereins nur 4—800, höchstens 1200 Mk. Solche Klassengegenätze gibt es in unseren Gewerkschaften nicht. Wenn wir nur den mittleren Gehalt der Beamten zusammenschließen und für jede Kategorie nur einen Beamten annehmen, so könnten wir schon auf eine Summe von 28,900 Mk., die der Bauernverein für Gehälter zahlen muß, abgehehen von sonstigen „Speisen“. Das heißt, der Bauernverein gibt allein 15 Prozent seiner Jahreseinnahme für Gehälter aus, gering gerechnet. Bei unseren Gewerkschaften sind es nur 2—5 Prozent, und doch „müssen“ wir uns.

Die Enquete über die Kartelle hat am 14. November mit einer Vorbesprechung begonnen. Zu dieser waren 19 Vertreter der Geschäftswelt, 4 Professoren und 8 Mitglieder des Reichstages eingeladen. Bis auf wenige Herren, die durch Krankheit abgefallen wurden, waren sämtliche Eingeladene erschienen. Angerufen nahmen der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern sowie Vertreter der Reichsanwaltschaft an der Vorbesprechung Theil. Nach den vorläufigen Festsetzungen muß eine große Anzahl der Kartelle aus der Montan- und Eisenindustrie untersucht werden. Aber auch die chemische Industrie, die Papierindustrie, die landwirtschaftlichen Gewerbe und Gemischtindustrie, sowie die Industrie der Steine und Erden und die Glasindustrie sollen berücksichtigt werden. Bei der Diskussion über den Umfang der Erhebungen wurde allseitig anerkannt, daß eine Beschränkung nötig sei, jedoch wurden noch die verschiedensten Vereinigungen als untersuchungswürdig bezeichnet und man ging sogar so weit, schließlich ganz kleine lokale Vereinigungen, ja selbst Zünfte, die Preisvereinigungen getroffen haben, für

die Untersuchung in Vorschlag zu bringen. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, die Untersuchung auf die wichtigsten auswärtigen Kartelle, wie den Petroleum- und Schiffahrtskartell auszuweiten. In Bezug auf die ausländischen Kartelle theilte der Staatssekretär mit, daß das Material, welches die Enqueten in Amerika ergeben haben, der Kommission zugänglich gemacht werden solle. Unterfucht soll werden, inwiefern die Kartelle eine größere Konzentration in der Produktion herbeigeführt haben; ferner welche Einwirkung die Regelung der Produktion durch Betriebsbeschränkung auf die Arbeitsgelegenheit der Arbeiter hat und ob man bei Produktionsbeschränkungen auch mit den Mitteln der Hervorbringung von Streiks und Arbeiterauschüssen rechnen.

Seitens des Grafen Potjomski wurde hervorgehoben, daß ganz besonderes Gewicht darauf gelegt werde, die Wirkungen der Kartelle auf die Arbeiterverhältnisse klarzulegen. Ueber die Methode der Erhebungen wurde vorgeschlagen, daß man dem englischen und amerikanischen Beispiel folgen möge und die Verhandlungen öffentlich führen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß auf Wunsch der Auskunfts-personen bei Theilen der Vernehmungen die Oeffentlichkeit auszuschließen sei. Dieses habe namentlich dann zu geschehen, wenn nach Dingen gefragt werde, die Geschäftsgeheimnisse sind, oder wenn die Auskunftsperson aus dem Bekannwerden ihrer Aussage Nachteile befürchte. Zu Gunsten der Oeffentlichkeit wurde besonders hervorgehoben, daß durch das Bekannwerden der Auslagen sich Personen melden können, die falsche Aussagen berichtigen und Lücken ausfüllen. Ferner müsse ein Geheiß gemacht werden, daß die Kommission das Recht erhält, Auskunftspersonen zu vereidigen und sie dann zur Aussage der vollen Wahrheit zu zwingen. Bei der Vernehmung sei es peinlich empfunden worden, daß eine Reihe von Fragen nicht beantwortet werden konnte, weil die Auskunftspersonen, die genau unterrichtet waren, nicht mit der Sprache herausrückten. Die Aussage unter Eid sei umso mehr geboten, weil hier auch Arbeiter verhört werden würden, die aus Furcht vor Nachtheilen nur dann mit der Sprache herausrücken werden, wenn sie durch Eid gebunden sind.

Für die Berichterstattung wurde empfohlen, den Weg zu wählen, der bei der Kommission zur Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuches üblich gewesen sei, indem die Protokollführer kurze Berichte für die Presse geliefert hätten. Allerdings müßten die Verhandlungen auch stenographirt werden. Die Stenogramme, welche späterhin erscheinen, müssen auch an solche Leute abgegeben werden, die sie haben wollen.

Der Zentralarbeitsnachweis in Berlin, der paritätisch geführt wird, wurde durch Gewährung eines jährlichen Zuschusses von 20,000 Mk. in die Lage versetzt, sich ein eigenes Heim zu schaffen. Zur Einweihung des neuen Heims hatte sich eine Gesellschaft von etwa 200 Personen eingefunden, Beamte, Arbeiter, Arbeitgeber, aber auch Geheimräthe und die Minister v. Hammerstein und Graf Potjomski. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Der Direktor der Landes-Vermittlungsanstalt Berlin, Herr Dr. Freund, begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in der er auf die sozialpolitische Bedeutung des Arbeitsnachweises hinwies, der Stadt Berlin für ihre Anteilnahme an der Einrichtung den gebührenden Dank absprach und dann einen Appell an die Arbeitgeber richtete, der verschiedenen Seiten wohl recht wunderbar in die Ohren gellungen haben mag. Er bemerkte, daß früher auch die Arbeiter sich keineswegs freundlich zu der neuen Art der Arbeitsvermittlung gestellt haben. Das Mißtrauen nach oben hin, sowie auch die Anschauung, daß es dem Arbeiter allein zuzumane, über die Verwerthung seines einzigen Kapitals, der Arbeitskraft, zu verfügen, sei die Ursache gewesen, daß die Arbeiter anfänglich von der paritätischen Arbeitsvermittlung nicht viel wissen wollten. Diesen Standpunkt hätten die Arbeiter jedoch in den letzten Jahren aufgegeben und ehrlich sich mit den Zwecken, denen das neu errichtete Haus dienen solle, befreundet. Wenn der zentralisirte Arbeitsnachweis noch manche Mängel aufweise, so liege die Schuld daran bei einem anderen Faktor, nämlich beim Unternehmertum. In gewissen Arbeiterkreisen zeige sich leider nur wenig Sympathie für die Anschauung, daß bei der Arbeitsvermittlung beide Theile, Unternehmer wie Arbeiter, mit gleichen Recht mitzureden hätten: die Arbeitgeber verhalten sich in einseitiger Ausnutzung ihrer Macht auf dem Standpunkt, daß die Stimme des Arbeiters auf alle Fälle auszusprechen sei. Das sei bedauerlich und er richte bei der heutigen Gelegenheit an diese Arbeitgeber den dringenden Appell, ihren einseitigen, schroffen Standpunkt aufzugeben und die ihnen von den Arbeitern dargebotene Hand nicht zu verschmähen.

Nach dieser bemerkenswerthen Ansprache erklärte der Erbauer des Arbeitsnachweis-Gebäudes, der städtische Bauminister Maxdorf, kurz die Einrichtungen des Hauses, und dann erhob sich Herr Potjomski zu einer ebenfalls zwar kurzen, aber doch beachtenswerthen Rede. Die neue Zeit, so führte er aus, erfordere neue Wege. An Stelle des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei ein neues getreten, das einfach auf dem Arbeitsvertrag beruhende, und beide Theile thäten gut, bei Differenzen nach einem billigen Ausgange zu streben. Nach dieser Mahnung spendete der Staatssekretär des Innern der Stadt Berlin Lob. Ohne Chauvinismus zu treiben, so sagte Herr Potjomski weiter, könne er sagen, daß die Stadt Berlin Musterstätten vollbracht habe; sie stehe mit dem neuen Gebäude an der Spitze sozialpolitischer Leistungen, und er freue sich, daß ein Haus wie dieses aus der freien Initiative der kommunalen Selbstverwaltung entstanden sei. Er spreche der Stadt seinen herzlichsten Dank dafür aus.

Damit waren die Ansprachen zu Ende und die Gesellschaft trat einen Auszug durch die Räume des Hauses an, um sich dann am Schluß in der Kantine an Bier und Butterbrot zu stärken. Herr v. Potjomski zog bei dieser Gelegenheit unsere beiden Parteigenossen Wolderski und Gammowski ins Gespräch, die Herr Dr. Freund um

ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglieder der Landes-Versicherungsausschüsse vorgelegt hatte. Der Minister äußerte dabei zu Simonowitsch, er halte dessen Ansicht, im Hochschloßhof ein Schiedsgericht einrichten zu lassen, für richtig. Später wandte der Minister sich wieder an Herrn Dr. Freund, um diesem Herrn zu sagen, daß die beiden Arbeitervertreter ja ganz anständige Leute wären, mit denen sich wohl gut reden ließe.

Herr v. Poyzdowsky war in seinem Umgang — naturgemäß kann man wohl sagen — bisher ausschließlich auf die besitzende Klasse angewiesen, und als sozialpolitische Frucht dieses Umganges mag die Hochschloßhofvorlage unrichtigen Angaben zufolge zu betrachten sein, die er vor einigen Jahren im Reichstage einbrachte. Würde der Minister Gelegenheit nehmen, die für den Umgang mit Menschen ihm zur Verfügung stehende Zeit paritätisch zwischen Bourgeois und Proletariat zu teilen, würde er gelegentlich einmal in politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen die Stimme der Arbeiter und Arbeiterinnen hören, so befestigte sich bei ihm am Ende die Meinung über die Vernünftigkeit der Arbeiterführer und er lernte die leidige Thatsache des Streiks, durch seine Hindernisse aufhaltenden Fortschritts der proletarischen Bewegung noch mit ganz anderen Augen betrachten als heute. Man muß heutigen Tages auf so manche Ueberraschung gefaßt sein, warum sollte auch nicht einmal ein preussischer Minister die wunderbare Entdeckung erleben, daß Landgerichtsräte und Polizeidiener nicht die geeigneten Personen sind, um eine Kulturbewegung wie die proletarische in die „rechten Bahnen“ zu lenken.

Eine neue Einigung der Ausübung des Koalitionsrechts hat das Reichsgericht auf dem Wege einer Entscheidung über die Anwendbarkeit des § 153 der Gewerbeordnung herbeigeführt. Dieser Paragraph bedroht bekanntlich mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten, wer einen Anderen durch Drohungen bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen theilzunehmen oder Andere zu verhindern sucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten.

Nach der ministeriellen „Berl. Korresp.“ hat das Reichsgericht in einer Strafsache wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung am 25. April d. J. die Frage zu entscheiden gehabt, ob die Strafvorschrift dieses Gesetzesparagraphen auch auf Vereinigungen, welche die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken, anzuwenden sei. Im Gegenjuge zu verschiedenen Untergerichten, und auch dem Kammergerichte, welche die Rechtsauffassung vertreten hatten, daß nur der Zwang zur Theilnahme an Verabredungen im bestimmten Fällen der Strafvorschrift unterliege, hat das Reichsgericht jene Frage bejaht und den Angeklagten, welcher einen Mitarbeiter durch Drohungen zum Eintritt in eine Gewerkschaftsorganisation zu bestimmen versucht hatte, des bezeichneten Vergehens für schuldig befunden.

Das ist eine Erweiterung der Geltung des § 153, die unseres Erachtens nach dem Wortlaut des Paragraphen nicht zulässig ist. Sie ist auch bisher vor Gericht nicht anerkannt worden. Der engere Begriff der „Verabredung“ ist vom Gesetzgeber offenbar gerade deshalb gewählt, um nur Fälle zu treffen, wo unmittelbar die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen versucht wird. Die Theilnahme an einer Vereinigung, die das in Allgemeinen auch bezweckt, aber vielleicht Jahre hindurch nicht in die Lage kommt, einen positiven Versuch zu machen, hat der Gesetzgeber ganz offenbar nicht dem § 153 unterstellen wollen. Wergegenwärtig man sich, was heute vor Gericht schon Alles als „Drohung“ gilt, so steht fest, daß die Entscheidung des Reichsgerichts in gefahrdrohender Weise geeignet ist, die Agitation für die Berufsvereinigungen zu erschweren.

Vom Befähigungsnachweise, diesem „großen Mittel“, durch das unsere Zünftler dem Handwerk den „goldenen Boden“ glauben wieder verschaffen zu können, will die badische Regierung nichts wissen. Auf dem Gantag der Gewerbevereine des Mittelbadischen Gewerbeverbandes, der in Durlach abgehalten wurde und auf dem auch der Befähigungsnachweis zur Debatte stand, erklärte sich Herrmann Braun, der Referent für Gewerbevereine im Ministerium des Innern, entschieden gegen die Einführung irgend welches Befähigungsnachweises.

Die Regierung sei gewiß einverstanden mit allen Bestrebungen, welche auf eine höhere Befähigung des Handwerkerstandes zielen, die Forderung des Befähigungsnachweises aber gehe über den Rahmen aller der hier in Frage kommenden Einrichtungen weit hinaus. Die freie Thätigkeit des Handwerkers solle durch diese Forderung eingeschränkt werden, es werde ganz unvorstellbar gesagt, daß es sich dabei weniger um die Befähigung der besitzenden Mitglieder und um den Schutz des Publikums gegen diese handle, als darum, den Wettbewerb im Handwerk zurückzubringen und eine Preissteigerung herbeizuführen. Es handle sich um einen Versuch, auf einem Umwege zu der vor manchem 40 Jahren aus guten Gründen ausgegebenen zünftlerischen Ordnung des Handwerks mit all ihren beengenden Folgen zurückzuführen. Eine solche Beschränkung der gewerblichen Erwerbsthätigkeit habe aber die badische Regierung nicht für geboten, sie liege weder im Interesse des Publikums, noch des Handwerkers selbst, da der Befähigungsnachweis nur Schranken auferlegen würde, die es in der Fortentwicklung hemmen. Gerade jetzt sei für das Gedeihen des Handwerks mehr denn je die Möglichkeit der freien Bewegung unerlässlich und eine Beschränkung in dieser Hinsicht geradezu schädlich. Wozu komme, daß der Befähigungsnachweis kaum durchführbar sei. Die Regierung könne also einer so einschneidenden Wehr von dem Grundsatze der Gewerbefreiheit nicht zustimmen.

Ein Preisaus schreiben der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin, ausgestattet mit 4000 Mark, bezieht sich auf eine Flachsmaschine. Der Flachsbau ist in Deutschland im letzten Jahre in der Hauptsache

zurückgegangen, weil zu dem Mähen des Flachses sehr viele Handkräfte gebrannt worden, und die zu verrichtende Arbeit große körperliche Anstrengungen bedingt. Deutschland baut jetzt vielleicht nur ein Zehntel von demjenigen Flachse, der in deutschen Spinnereien verarbeitet wird. Die übrigen neun Zehntel werden von Rußland und Holland importirt. Alle Kenner auf diesem Gebiete sind der Ansicht, daß der Flachsbau in Deutschland wieder in größerem Umfang aufgenommen werden würde, wenn es gelang, eine diese schwere Handarbeit ersetzende Maschine zu erfinden. Auch in den starken Flachsbau treibenden Ländern Rußland und Holland ist gleichzeitig das Bedürfnis vorhanden, diese Arbeit durch Maschinen ausführen zu lassen.

Ein neues Preisaus schreiben erläßt der Kongreß der Vertreter russischer Eisenbahnen — nach einer Meldung von Dredrichsweiler, Patent-Bureau in Dresden, Straßestraße 2, das auch die Einreichung der Bewerbungen besorgt — für die drei besten Ausarbeitungen einer selbstthätigen Wagentkupplung. Die Preise betragen 5000, 3000 und 2000 Rubel. — Demnach scheint das im vergangenen Jahre von den vereinigten Eisenbahnverwaltungen der russischen Eisenbahnen erlassene Preisaus schreiben den gewünschten Erfolg nicht gehabt zu haben.

### Gerichts-Zeitung.

Wegen Fabrikantenbeleidigung hatte sich vor dem Schöffengericht in Wurzgen Kollege Haack = Dresden zu verantworten. Er hatte am 10. Mai ds. Jrs. in einer Gewerkschaftsversammlung referirt, die sich mit den Zuständen in der Waggonfabrik von Busch beschäftigte. Er schilderte die in der Fabrik herrschenden Uebelstände in zweifelhafter Rede auf Grund eines reichhaltigen Materials, das ihm bei Busch beschäftigte Arbeiter zur Verfügung gestellt hatten. Am Schlusse seiner Ausführungen erwähnte er auch Folgendes: Die Waggonfabrik habe von der sächsischen Staatsbahn einen Auftrag auf Herstellung von zehn Personenwagen erhalten, davon seien fünf sofort in Angriff genommen worden. Zuvor sei das zu den Schwellen und Trägern bestimmte Holz von einem Beamten der Staatsbahn besichtigt und für gut befunden worden. Zu den 5 Waggons habe man jedoch nicht das für gut befundene Holz verwendet, sondern solches, das im Schuppen verrotzt war. Das für gut befundene Holz sei beiseite geschafft und später zu den anderen fünf Wagen benutzt worden. Auf diese Weise sei zu den Schwellen der ersten Wagen auch minderwertiges Holz benutzt worden. Die Firma Busch erblicke in dieser Neußerung den Vorwurf, sie habe unethische Manipulationen zu dem Zwecke vorgenommen, Schwellen und Träger aus minderwertigem Holze zu verwenden. Sie erhebe nach Verlauf einiger Zeit, offenbar auf Veranlassung der Generaldirektion, Privatklage gegen Haack wegen Beleidigung.

Haack hatte, um den Wahrheitsbeweis zu führen, 14 Zeugen laden lassen. Der Wortlaut der Neußerungen Haacks konnte nicht mehr festgestellt werden. Die darüber befragten Zeugen wußten nichts Bestimmtes anzugeben; auch der von der Firma benannte Werkmeister Scholle versagte in dieser Beziehung vollständig. Der Herr konnte bestimmte Angaben überhaupt nicht machen, dagegen erging er sich in unziemlichen Neußerungen über die Haackschen Ausführungen und bezeichnete sie als Gezeirrede, in der wieder auf die Firma Busch geschimpft worden sei. Als Haack den Herrn ersuchte, die Schimpfworte doch näher zu bezeichnen, die er gebraucht haben sollte, verstummete der Zeuge.

Sachverständiger und Zeuge L i m m e r, Sekretär bei der Generaldirektion, jagt aus, bei einer Revision an halbfertigen Wagen sind an einer Schwelle und einem Träger eingesezte Stücke vorgefunden worden, die herausgenommen worden sind. Der Träger hatte eine faule Stelle, die bis auf die Schraube ging. Die Theile müßten herausgenommen werden. Den Träger hat er „u n j ä d i c h machen lassen“.

Die weiteren vernommenen Zeugen mußten bekunden, daß für 5 Waggons Schwellen benutzt wurden, die Risse hatten und sonst schadhast waren. Die Risse seien mit Sägespänen und Leim ausgefüllt worden und verfaulte Stellen wurden ausgestemmt. Einzelne Schwellen hatten Risse bis zu einem Meter Länge und 8 bis 10 Zentimeter Breite. Diese Risse wurden ausgefüllt und bezupft.

Eine recht unentschiedene Haltung zeigte als Zeuge der Werkmeister S p r o t t e von der Waggonfabrik. Eine bestimmte Antwort war aus ihm überhaupt nicht herauszubekommen. Er hatte auf die meisten Fragen nur ein verlegenes „vielleicht“, „es ist möglich“, „es kann sein“ usw. Ob in anderen Fabriken besseres Holz verwendet worden sei, wußte er nicht zu sagen. Das Holz habe er vielleicht in den Schuppen schaffen lassen. Die Schwellen, die er dem Beamten vorgelegt habe, seien tadellos gewesen, die anderen seien auch gut gewesen. Daß Risse darin gewesen waren, konnte er nicht in Abrede stellen. Er mußte schließlich auch zugeben, daß ein Träger eine faule Stelle gehabt habe, die auf seine Anordnung ausgefüllt worden sei. Risse von 8—10 Zentimeter habe er nicht gesehen; nur solche von 4 Zentimetern könnten vorgekommen sein. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Bernhardt, weshalb er die von dem Beamten besichtigten Schwellen nicht zuerst verwendet habe, hat er nur ein undeutliches Gemurmel und ein Nuscheln. Auffällig war hier, daß derselbe Vorstehende, der die Entlastungszugseugen sehr energisch und genau befragte, wenn etwas nicht sofort klar war, bei dem Werkmeister Sprotte auf genauere Angaben nicht drang.

Alsdann beschloß das Gericht kurzerhand, weitere Zeugen nicht zu vernehmen, weil die Sache geklärt sei. (1) Auf diese Weise kamen etwa acht Entlastungszugseugen überhaupt nicht zum Verhör.

Nach diesen Zeugenaussagen mußte man den Wahrheitsbeweis als gelungen erachten. Das Urtheil lautete

zu einer Ueberrückung auf 500 Mk. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichteinbringungsfall 3 Monate Gefängnis treten. Das Gericht hat angenommen, Haack hat der Firma Busch unredliche Absichten unterzogen, indem er davon gesprochen hat, daß Schwellen unterzogen worden seien, die gar nicht abgenommen worden waren. Der Vorwurf sei schon deshalb unberechtigt gewesen, weil die erste Besichtigung nur im Interesse der Firma erfolgt und mit seiner Annahme verbunden gewesen wäre. Als straffähig habe man die gehässige Art berücksichtigt, mit der Haack die Zustände besprochen habe.

Das Urtheil rief große Ueberraschung hervor. Man hatte nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme allgemein auf Freisprechung gerechnet, denn was Haack wirklich behauptet hatte, war doch bewiesen worden. Die Verhandlung und dieses Urtheil ist wieder ein Beweis dafür, wie schwierig es ist, vor deutschen Gerichten den Wahrheitsbeweis zu führen. Man könnte Angeichts dieses Urtheils zu der Meinung kommen, daß die Richter der Ansicht seien, es gibt keinen Wahrheitsbeweis.

### Litteratur.

Lipinski, Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis. Verlag von Richard Lipinski, Leipzig, Langestr. 27. Das Werk behandelt das Recht der Fabrikarbeiter, Gesellen, Lehrlinge, Werkmeister und Betriebsbeamten den Verläufe des Arbeitsverhältnisses angefaßt. Bei der Bearbeitung sind die einschläglichen Nebengesetze, die Materialien der Gesetze und die Entscheidungen der Gewerbegerichte und des Reichsgerichts verwendet worden, so daß der Wille des Gesetzgebers sowie auch die Erfahrung in der Rechtsprechung gewirkt worden ist. Der billige Preis von 10 Pf. pro Heft ermöglicht Jedem die Anschaffung. Insgesamt erscheinen 15 Hefte, von denen bisher Heft 1 und 2 vorliegt.

Von der Illust. Roman-Bibliothek „In Freien Stunden“, von der Buchhandlung Vorwärts in Bodenhausen zu 10 Pf. herausgegeben, sind bis jetzt Heft 43 und 44 erschienen. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas hat bei dem Leserkreis sich reichen Beifall gefunden, daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Roman-Bibliothek aufmerksam machen konnten. Auch das „Meine Feuilleton“ bringt manch wissenschaftlichen, belehrenden oder unterhaltenden Aufsatz, und für die Erweiterung sorgen „Witz und Scherz“ oder „Dies und Jenes“. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Von der „Gütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag G. Wallfisch) ist neben das 16. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm v. Roseng. — Die Arbeiterfrage — eine Frage des werdenden Lohnarbeiterstandes. Von Paul Kampffmeyer. — Aus der Jugendzeit des Kommunismus. Von Gustav Jaech. — Gesundheitspflege im Winter. Von Dr. Peritz. — Die Braunkohlewälder der Niederlausitz. Von Wilhelm Braunsdorf. — Der stille See. Märchen von Karl Ewald. — Ein Kampf mit Wilden. — Notizen. — Kunstbeilage: Beethoven von Max Klinger.

### Briefkasten.

Blankenese. Für solchen Versammlungsbericht könnte das Porto gespart werden, da wir dafür doch keinen Raum haben.

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.

- Altenburg.** Samstag, den 29. Novbr., Abends 8 Uhr, Laubevortrag im „Waldfischchen“.
- Altona.** (Allg.) Am Dienstag, den 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstraße 41.
- Aixersleben.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.
- Aue i. S.** Sonntag, den 7. Dezember, Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Deutscher Hof“, Mehnertstraße. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Baden-Baden.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Bratwurftglockle, Steinstraße.
- Barmen.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.
- Barmen-Elberfeld.** (Former.) Sonntag, den 7. Dez., Vormittags halb 11 Uhr, bei Thiel, Parlamentstr. 5, Barmen.
- Berlin.** Sonnabend, den 29. November, Abends halb 9 Uhr, Drahtarbeiter im Gewerkschaftshaus. — Sonntag, den 30. Novbr., Vormittags 10 Uhr, Hobler, Bohrer, Fräser bei Diegle, Brunnenstraße 41. — Sonntag, den 30. Nov., Vorm. 10 Uhr, Morgensprache der Schraubendreher bei Wegel, Wrangelstraße 136. — Dienstag, den 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Osten bei Keller, Koppenstraße 29.
- Berlin.** Konferenzen der Vertrauensleute: Mittwoch, den 3. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Osten bei Gold, große Frankfurterstraße 133. — Mittwoch, den 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, für den Westen bei Kuntze, Wilowstraße 59.
- Berlin.** Sonnabend, den 29. Nov., Abends halb 9 Uhr, Konferenz der Vertrauensleute für Charlottenburg bei Bajda, Potsdamerstraße 44.
- Bernburg.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends 8 Uhr, Steinstraße 2—4.
- Bielefeld.** Sonntag, den 30. Novbr., Vormittags 10 Uhr, kombinierte Versammlung bei U. Jndiessel, Bürgerweg 14.
- Bielefeld.** (Klempner.) Samstag, den 6. Dezbr., Abends 7 Uhr, bei U. Jndiessel, Bürgerweg 14.

**Pielfeld.** (Schleifer.) Freitag, den 5. Dezbr., Abends 7 Uhr, in der „Centralhalle“.

**Rodum.** Sonntag, den 7. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Wirtz Reinede, Moon-Marienstraße-Ecke. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Sonn.** Samstag, den 29. Novbr., Abends 9 Uhr, bei Fassbender, Kasernenstraße.

**Braunschweig.** (Allg.) Sonnabend, den 29. Nov., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Braunschweig.** (Former.) Sonntag, den 7. Dezember, Vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Bremen.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hanfenstraße 21/22.

**Breslau.** (Allg.) Sonntag, den 7. Dez., Vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margarethenstraße 17. 1. Einführung eines neuen Ortsstatuts. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Neuwahl und Bericht der Kartelldelegierten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Brieg.** Sonnabend, den 29. November. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Bromberg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und nach dem 15. des Monats, Abends 8 Uhr, in „Livoli“, Thalstraße Nr. 28.

**Bunzlau.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Kronen. Vorstandswahl.

**Cannstatt.** (Allg.) Samstag, den 6. Dezbr., Abends präzis 8 Uhr, im Russischen Hof.

**Crimmitschau.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Wlner's Restaurant, Johannisgasse.

**Darmstadt.** Samstag, 6. Dezbr., Abends punkt 9 Uhr, in der Restauration Fischer, Dieburgerstr. 18.

**Dortmund.** (Klempner.) Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Mühlhausen, I. Kampstr. 73.

**Durlach.** Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Alten Friz.

**Hülfeldorf.** (Allgem.) Samstag, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

**Ubing.** (Former.) Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Emmerich a. Rh.** Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Herrn Volter.

**Essen-Altendorf.** Samstag, 6. Dezbr., Abends 8 Uhr, bei Hartmann.

**Feuerbach.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Flensburg.** (Klempner.) Jeden ersten Dienstag im Monat, Abends halb 9 Uhr, im Mühlenpavillon, Weisstr. 4.

**Frankenthal.** (Sämtliche Berufs.) Samstag, den 29. Nov., Abends halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33. Vortrag: Das Unfallversicherungsgezet. Referent: Arbeitersekretär Müller-Mannheim.

**Frankfurt a. M.-Godeheim.** Samstag, 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus. — Für den Bezirk Oberrad Montag, den 8. Dez., Abends halb 9 Uhr, im „Laurus“, Offenbacherlandstraße 246 in Oberrad. — Für den Bezirk Bornheim jeden ersten Montag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Jean Kerber, Arnburgerstraße 16. — Für den Bezirk Weibern jeden zweiten Montag im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Brenzel, Höchststraße 64.

**Freiburg i. S.** Samstag, den 6. Dez., Abends 8 Uhr, bei Schwante.

**Freiburg i. S.** Samstag, 20. Dez., Abends 9 Uhr bei G. Fiebach, Nonnengasse.

**Gaffa.** Sonnabend, den 6. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Friedlorn. Wahl der Ortsverwaltung.

**Gewerkschaft.** Samstag, den 29. Novbr., Abends 8 Uhr, bei Beck, Bachgasse.

**Gershadst.** Jeden ersten Sonnabend nach dem 1. jedes Monats, Abends 8 Uhr, bei Friedr. Peterjen.

**Gevelsberg.** (Allg.) Sonntag, den 7. Dez., Nachmittags halb 5 Uhr, bei H. Halenberg.

**Glauchau.** Nächsten Sonnabend 9 Uhr halblabend im Weißen Hof.

**Glogau.** Samstag, den 6. Dez., Abends 8 Uhr, in Weidners Restaurant, Schulstraße.

**Gotha.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der Erholung, Dammweg.

**Großsch.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zur grünen Au.

**Halberstadt.** Sonnabend, den 6. Dez., Abends 8 Uhr, bei Max Dollmann, Bakenstraße 63.

**Halle a. S.** Sonnabend, den 29. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im „Lezten Dreher“, Merseburgerstraße.

**Hannover.** (Feilenhauer und verw. Berufs.) Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Wötcher, Langestr. 2.

**Hannover-Kinder.** (Sektion der Schwestern.) Sonnabend, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Chr. Fiene, Rabenmacherstr. 1.

**Harburg.** (Klempner.) Sonnabend, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei H. Kappe, Langestr. 25.

**Hoslad.** Samstag, 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Aple“.

**Hannau.** Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, in den „Drei Bergen“.

**Heilbronn.** Samstag, 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, in der „Kofe“.

**Herrnhuth.** (Banischloffer.) Donnerstag, den 4. Dezbr., in der Restauration zur Fortuna, Ludwigplatz.

**Herrnhuth-Meißbach.** Samstag, den 6. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der Wirtshaus zur „Auerallee“, Mühlburg. Vortrag.

**Hörsing.** Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats. Jeden Sonnabend von 8-9 Uhr halblabend bei Kochlich, ebenfalls Verkehrslokal, Müggelsheimerstr. 2.

**Hirsch.** Sonnabend, den 6. Dez., im Gasthof zum Krugischen Hof.

**Judwigshafen a. Rh.** Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Mittelsbacher Hof, Ecke Jäger- und Markt.

**Manheim.** Donnerstag, den 4. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der Centralhalle, A. 2. 16. Vortrag von Dr. med. Th. Friedmann über: „Die Mittel zur Hebung und Erhaltung der Gesundheit.“

**Meißen.** Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Köpfermann, Pfaffenstraße.

**Mehlitz.** Jeden ersten Sonnabend im Monat Versammlung. Ankauf wird erhalt in allen gewerblichen Etzstätten im Restaurant Belaton.

**Merseburg a. S.** Sonntag, den 7. Dezbr., Vormittags 10 Uhr, in der „Fünfenburg“.

**Muselwitz S.-A.** Sonnabend, den 6. Dez., bei Frommhold im Restaurant „Glick auf“, eine Treppe. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten.

**Mühlheim a. d. Ruhr.** Samstag, den 6. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Herrn Koll, Didswall 10.

**Neuwied u. Hungeb.** Sonntag, den 30. Nov., Nachmittags 3 Uhr, bei Wittne Schiappini, Schloßstraße 72.

**Nürnberg.** (Kunst- und Bauischloffer.) Samstag, den 6. Dez., im kleinen Saale des Café Merf.

**Nürnberg.** (Schleifer, Polierer und Vernickler.) Samstag, den 6. Dezbr., im Café Merf.

**Oberschlesien.** Sonntag, den 30. November, Nachmittags 3 Uhr, im „heiteren Blick“.

**Oelouitz i. N.** Alle 14 Tage Sonnabends 9 Uhr im Bergschlößchen.

**Ohligs.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends 9 Uhr, bei Feint Kornweibel.

**Oldenburg.** Sonnabend, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurwiltstraße.

**Penig.** Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in Jtmers Restauration.

**Rathenow.** (Klempner, Schloffer, Dreher u. f. w.) Am 6. Dezember bei Refeld, Jägerstraße 14. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Ratzen.** Sonntag, den 7. Dez., Abends 6 Uhr, bei M. Brenner, Mühlheimerstraße.

**Rheydt.** Jeden ersten Sonntag im Monat in Mch.-Gladbach, bei Langenfeldt, Mühlensstr., Vormittags 11 Uhr. Jeden dritten Sonntag im Monat in Rheydt bei Paland, Friedensstraße, Vormittags 11 Uhr.

**Rostock.** Mittwoch, den 3. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in der „Barnowhalle“.

**Roswein i. S.** Jeden 1. Mittwoch im Monat, Abends 8 Uhr, in „Deutschen Adler“, Oberstadtgraben.

**Saarbrücken, St. Johann und Malskadt-Gurbach.** Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes treffen sich zu einer Besprechung am 7. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im Kaiserjaal zu St. Johann, Hafenstraße.

**Siegen.** Sonnabend, den 29. Novbr., in der Germania.

**Stettin.** (2. Bezirk.) Dienstag, 2. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Schmidt, Pölitzerstraße 70.

**Stettin.** (3. Bezirk.) Sonnabend, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Selzerow, Gustav-Adolfstraße 22. Vortrag. Neuwahl der Bezirksleitung.

**Stralsund.** Sonnabend, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Kasino, Semlowerstr. 19.

**Strasbourg i. G.** Samstag, den 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weißthurnstraße 1.

**Stuttgart.** Samstag, den 6. Dez., im Gewerkschaftshaus zum Gold. Varen, Eplingerstr. 17/19.

**Tönnig.** Sonnabend, den 6. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Bumb, Adolfsstraße.

**Trossingen.** Sonntag, den 30. Nov., Nachmittags 2 Uhr, im Schlößle.

**Trebur.** Jeden 1. Sonnabend im Monat Abends halb 9 Uhr bei O. Wader.

**Uelbert.** Samstag, 6. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Feint. Otting, Poststr. 53.

**Weißfels.** Sonnabend, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Reichfrone. Wahl der Ortsverwaltung.

**Wittenberge.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Ufert (Herberge), Chauffeestraße.

**Zittau.** Samstag, den 29. Nov., Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.

**Zirnhäusen.** Samstag, den 6. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Kirchthal, Rosenstr. 46.

**Ziethrich, Wiesbaden, Hothheim.** Der Arbeitsnachw. 's für Feilenhauer befindet sich im Kaiser Adolfs, Wiesbadenerstraße 29. Ebendasselbst Reisegebührensatzung; für Organisierte 60 Pfg., für Inorganisierte 30 Pfg.

**Breslau.** Die Beitragsmarken sind mit noch im Bureau und durch die Hauskassierer zu erhalten, welche auch die Zeitungen zu bestellen haben. Mitglieder, welche außerhalb der Stadtgrenze wohnen, können die Marken durch einen Mitarbeiter und dessen Hauskassierer beziehen. Jeder Wohnungswechsel ist sofort schriftlich oder mündlich im Bureau zu melden. Das Bureau ist vom 24. November ab Vormittags von 9 bis halb 11 Uhr, Mittags von 12 bis 1 Uhr und Nachmittags von 5 bis 7 Uhr geöffnet.

**Höben i. S.** Im Angabe des Aufenthalts des Kollegen Franz Eberhardt, Gürtler, Buch-Nr. 333 760, geb. am 26. November 1830 zu Höllemmühl in Oesterreich, eingetreten am 21. Oktober 1899 in Stuttgart, bittet der Bevollmächtigte Otto Reichenbach, Kasernenstraße 3, III.

**Esfurt-Alvergehofen.** Sonnabend, den 18. Dezember, Abends halb 9 Uhr, großer Lichtbildervortrag von Herrn Redakteur Holm: Im Hafen von Hamburg. Hierzu sind die Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen. Eintritt frei.

**Süppingen.** Samstag, den 29. November, Abends 7 Uhr, Weihnachtsfeier im Festsaal zum „Dreikönig“.

**Lübeck.** (Allgem.) Am 25. Dezember Weihnachtsfeier. Alles Nähere durch die Vertrauensleute, welche auch Listen zum Einzeichnen bei sich führen.

**Mühlhausen i. G.** Die Adressen folgender Kollegen wollen man an unterzeichnete Zahlstelle gelangen lassen: Albert Schnitz, Mitgliedsbuch Nr. 110,945, geb. zu Weidelsheim am 26. Mai 1873, Schloffer, eingetreten am 23. Nov. 1895; Schloffer Johann Marowsky, Mitgliedsbuch Nummer 346,005, geb. zu Stallpöden. Die Ortsverwaltung Mühlhausen i. G., H. Olliger, Bismarckstraße 47.

**Oberschlesien.** Bevollmächtigter: Alfred Kögler in Oberschlesien Nr. 54b.

**Selsitz i. N.** Bevollmächtigter ist jetzt: Franz Wendt, Bahnhofstraße 19.

**Selsitz i. N.** Aufgehauen von Formern und Feilenhauern ist streng verboten. Organisierte Former erhalten 30 Pfg. Geschenk bei Anton Dvorak, Finkenburg, Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends 7 bis 8 Uhr. Organisierte Feilenhauer erhalten 50 Pfg. Geschenk bei Hermann Herzel, Körnerstraße 34, von Mittags 12 bis halb 2 Uhr, Abends 7 bis 8 Uhr.

**Oldesloe.** Auszahlung von Reisegehalt wegen Auflösung der Verwaltungsstelle aufgehoben.

**Stettin u. Umg.** Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags halb 5 Uhr Familienabend der Klempner im Stablisement Voigt, gr. Ritterstraße 7. Entree frei.

**Oeffentliche Versammlungen.**

**Breslau.** Sonntag, den 30. November, Klempner-Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Vortrag des Kollegen Friedrich Schlegel.

**Limbadj.** Sonntag, den 7. Dezember, Nachmittags halb 3 Uhr, im Hotel Johannesbad. Thema: Warum organisieren wir uns? Referent: Kollege Robert Krause-Chemnitz

**Stettin u. Umg.** Dienstag, den 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr bei Voigt, gr. Ritterstraße 7, Klempner-Versammlung. T.-O.: Die gegenwärtige traurige Lage der Klempner. Referent: G. Kohrlach.

**Privat-Anzeigen.**

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltene Petitzeile beträgt 50 P.

**Das geometrische Zeichnen und die Projektionslehre** als Grundlage für das gesamte technische Zeichnen. Für Metallarb.-Verbandsmitglieder statt 5 Mk. geb. nur 4 Mk. **Flächen-, Körper- und Gewichtsberechnen im Maschinenbau.** Preis nur 1.50 Mk., Nachnahme 1.70 Mk. Erste Anerkennungen. — Prospekte verlangen von [118 O. Lippmann, Dresden-Trachau, Dorfplatz 12.

**Formerwerkzeuge** 28 aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billigt **Max Pflüger, Formerwerkzeugfabrik Böhlen-Deipzig.** Musterbuch und Preisliste gratis und franko.

Die Buchdruckerei

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma

**ALEXANDER SCHLICHE & Co.**

empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller

**Arbeiten in Buchdruck**

bei sorgfältiger Ausführung, solider Berechnung und schnellster Bedienung.

In herrlicher Märchenpracht erstrahlt ein Weihnachtsbaum mit meinen **Glas-Christbaumschmuck**

1 wirklich geschmackvolles Sortiment, sehr schön zusammengestellt, enthält ca. **320 Stück** bessere, moderne, ca. 30 malter, echt verfilberter, glühender und glänzender Ausführung, als: 30 Mantelfeuer, leuchtend überdoppeltene Kerzen, laut. Glühbirnen, Trompete mit Zinnne, Engel mit Krone und bemalt. Glasfliegen, Fantasiesachen, Wunderperlen, Glaspfeifen, Kräfte, natürl. Edelstein, Luftballon, Erdbeeren, Oliven u. Melonen mit Feilgran, Zanzibar, Rothäppchen, Selbstbad mit 4000 „, Schnee- und Weihnachtsmann, Fische, 1 reizend. Blumensträußen zc. zc. zum herrlich billigen **M. 5.60** franko. Ferner Preis 5 Pfg. füge 1 Frischglas mit bewegl. Goldfäden und 1 Fruchtkorb garniert mit Früchten gratis bei.

**E. E. Reinhard** in Neuhaus a. Rennweg i. Thür. Str. 64. Liefer. fürstl. Hofe. Diese Kisten wurden auf 30000 Stk. in 10) von Zeitungen empfohlen, 100 v. Druckfreiben.

Im Auftrag 36 Hof. d. Sr. Prinzessin v. S. Wrimingen (folgt Bestellg.) höchst. Auftrag 36 Hof. d. Sr. Großherzog v. Sachsen (folgt Bestellg.). Hiermit bräde Ihnen für erhaltene Riste meinen besten Dank aus. Gaudernreue Ronkef.

**Scherms Reisehandbuch** für wandernde Arbeiter. (Tourenb. f. Radf.) Ueber 2000 Reiseorten. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarte. Geh. 1.10. 4. veränd. Auflage. Börsk.-Zirkon v. 1900. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchhandl.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.